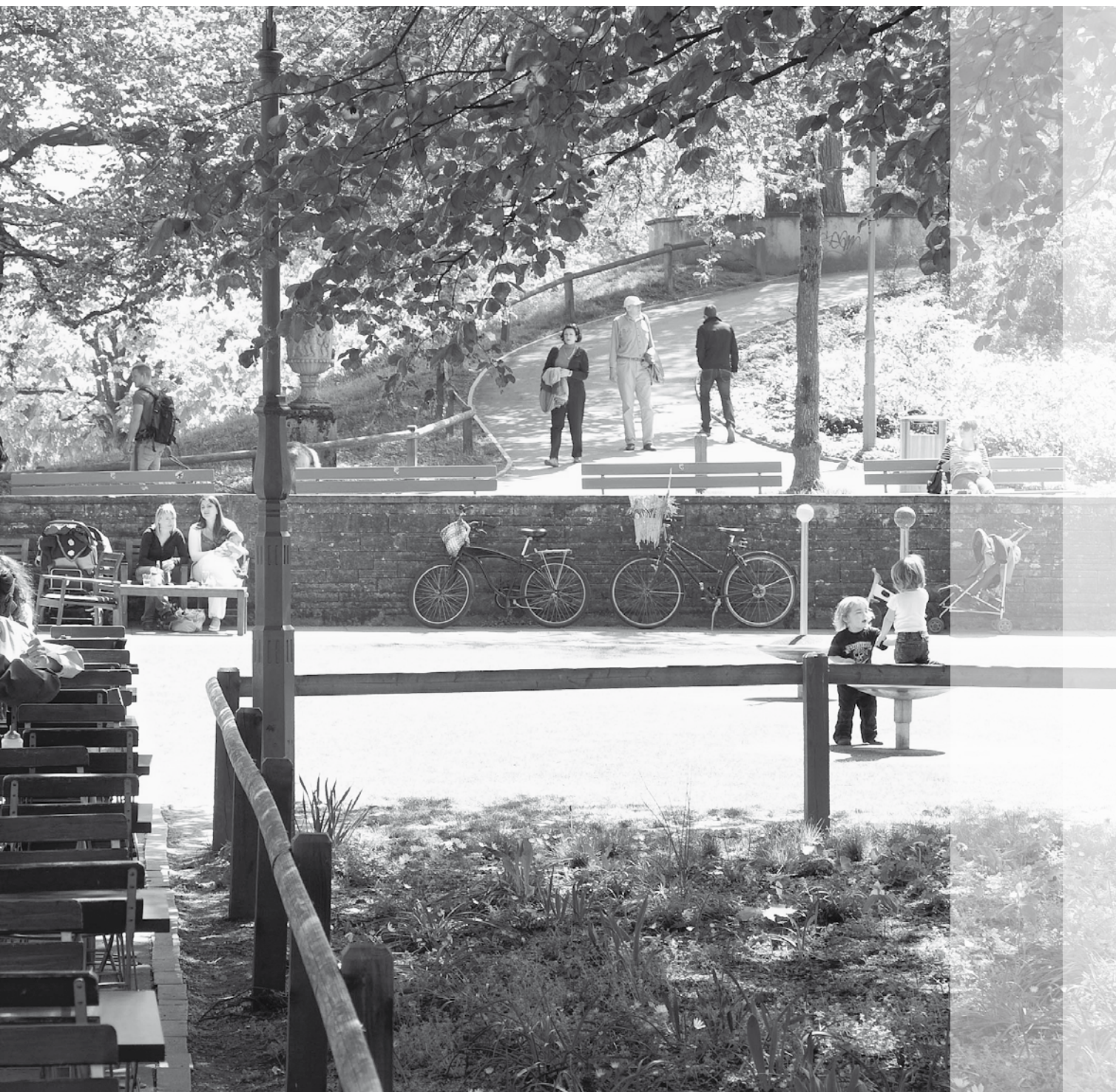


012 – Sportanlagen

Bewegungsräume in Gemeinden



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
1 Bewegungsräume	5
2 Ausgangslage – Wieso braucht es Bewegungsräume?	8
3 Strategien zur Bewegungsraumförderung	9
3.1 Bewegungsräume neu erstellen	9
3.2 Bestehende Bewegungsräume verbinden	10
3.3 Bestehende Bewegungsräume aufwerten	11
3.4 Bestehende Infrastrukturen als Bewegungsraum uminterpretieren	11
3.5 Bestehende Bewegungsräume besser nutzen	11
4 Erreichbarkeit	12
5 Vom privaten bis zum öffentlichen Wohnumfeld	13
6 Spielplätze	18
6.1 Sicherheit auf Spielplätzen	21
6.2 Zugänge zu Spielplätzen	21
6.3 Spielplatz-Flächenbedarf	21
7 Schulhöfe und Pausenplätze	22
8 Park- und Grünanlagen	24
Literaturverzeichnis	26
Anhang 1: Partizipation	27
Anhang 2: Übersichtstabelle	37

Einleitung

Mit dieser Schrift sollen Räume für die Alltagsbewegung aller Altersgruppen thematisiert werden. Insbesondere Kinder sollen sich darin entwickeln und ihre ersten Bewegungserfahrungen sammeln können.

Menschen sollen die Möglichkeiten vorfinden, sich entsprechend ihren Bedürfnissen zu bewegen. Solche Bewegungsräume tragen unter anderem entscheidend zur Standortattraktivität einer Gemeinde bei.

Die Initiative Bevölkerung, Planer, Bauherren, Politiker und Behörden erhalten anhand dieser Schrift Informationen zu verschiedenen Handlungsfeldern von bewegungsfreundlichen Gemeinden wie Wohnumfeld, Spielplätze, Park- und Grünanlagen sowie Schul- und Pausenhöfe.

Darin sind Grundlagen enthalten, die allgemeine Gestaltungshinweise geben zu Anforderungen, welche die Anlagen erfüllen sollen, um für die Bewegung und die Entwicklung der Kinder einen Nutzen zu bringen.

Die Fachstelle Sportanlagen hat die Zeichen der Zeit erkannt und mit der vorliegenden Schrift eine Ergänzung zu den traditionellen Sportanlagen erstellt. Darin werden Infrastrukturen für eine breite Bewegungsförderung thematisiert.

Wir wollen damit die fachliche Diskussion in diesem Themenbereich weitertragen und hoffen, dass dieses Thema von vielen Gemeinden neu aufgegriffen wird. Wir sind überzeugt, dass es vor allem in aufstrebenden Gemeinden einen grossen Stellenwert besitzt, speziell in den immer dichter werdenden Siedlungen der Agglomerationen.

Räume für die unorganisierte Bewegung sind zwingend notwendig als Ergänzung zu den traditionellen und normierten Sportanlagen. Der Bewegungsmangel und dadurch zunehmend übergewichtige Kinder machen es nötig, die vorhandenen Räume in den Siedlungen bewegungsfreundlich zu gestalten und andererseits auch bekannt zu machen, damit sie entsprechend genutzt werden.

Ziel ist es, ein hochwertiges Versorgungsnetz von Bewegungsräumen und Sportanlagen zu erstellen, das die Bewegungsbedürfnisse der Menschen aller Altersgruppen abdecken kann.

Zur Einstimmung in die Thematik dienen folgende drei immer noch aktuellen Thesen (Lukoschek L., 1998, S. 30).

These 1

Freizeit wird in Zukunft verstärkt das Gesicht unserer Umwelt prägen. Dabei spielen Sport und Bewegung eine wichtige Rolle. Das Sportverhalten und die dafür erforderlichen Sportstätten unterliegen allerdings wesentlichen strukturellen Veränderungen. Dies hat Auswirkungen auf die Gestaltung und Entwicklung der Sportstätten innerhalb der Stadt.

These 2

Die Rahmenbedingungen innerhalb der Stadt sind derzeit ungünstig: Wir leben in einer «mobilen», aber «bewegungsfeindlichen» Welt. Innerhalb des Wohnumfelds stehen strukturelle Beschränkungen einer Integration von Sport und Bewegung entgegen. Trotzdem liegt in der Stadt das entscheidende Entwicklungspotenzial für die Zukunft.

These 3

Neue Sport- und Freizeitaspekte müssen in die Konzepte der Stadtplanung integriert werden. Die bisherige quantitative Bedarfsdeckung an Sportstätten ist für die Zukunft nicht mehr angebracht. Vor dem Hintergrund der «Bewegungsfreundlichen Stadt» sind praxisgerechte Bausteine für eine humane und umweltgerechte Sportstättenentwicklung im Wohnumfeld zu entwickeln.

1. Bewegungsräume

In Gemeinden gibt es verschiedene Möglichkeiten, sich zu bewegen und Sport zu treiben. Dies setzt die dazu nötigen Räume und Anlagen voraus. Um diese verschiedenen Bewegungsräume verstehen zu können, hilft die Darstellung in einem Modell. Die folgenden zwei Abbildungen zeigen die Überlegungen dazu.

Als Modell kann der Siedlungsraum wie eine Zwiebel betrachtet werden.

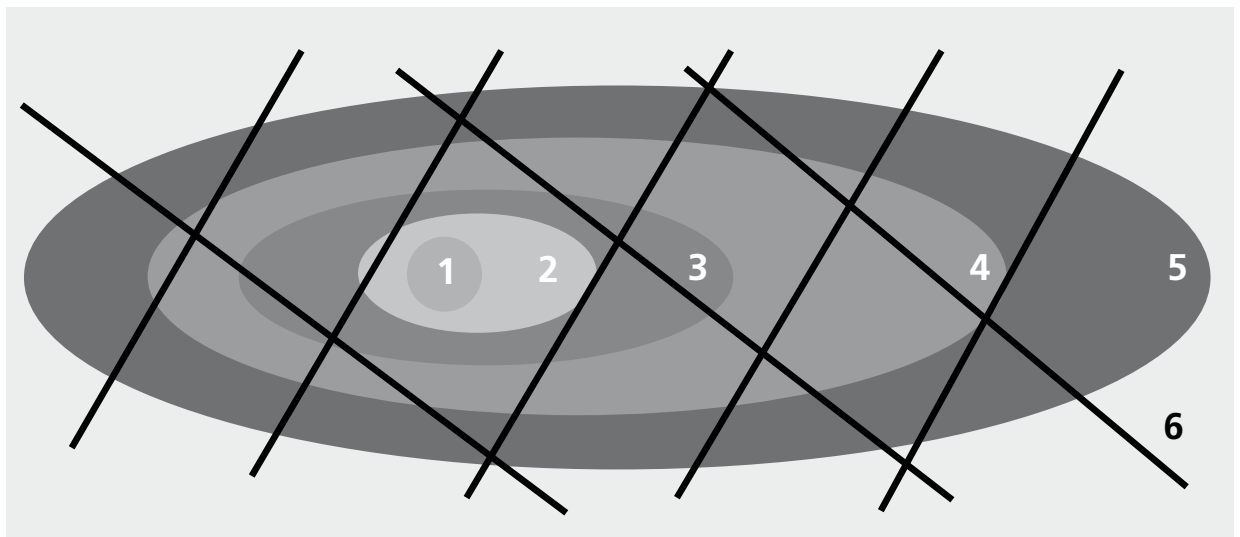


Abbildung 1: 1. Wohnung
2. Wohnumfeld
3. Bewegungsräume mit Quartierfunktion wie Spielplätze und kleine Grünanlagen
4. Bewegungsräume mit Gemeindefunktion wie Sportanlagen und Parks
5. Landschaftsraum
6. Wegnetz, Begegnungszonen

In diesem Raummodell wird von sich konzentrisch erweiternden Bewegungsräumen ausgegangen, die ihren Ursprung in der privaten Wohnung haben. Die Raumabfolge soll zu einem vernetzten Bewegungsraumsystem führen. Das Modell stellt aus der Perspektive von Bewegung und Sport plakativ dar, in welche Einheiten der Siedlungsraum eingeteilt werden kann. Es ist relativ grob, erlaubt aber eine theoretische Auseinandersetzung mit der Thematik.

Das Modell in Abbildung 1 geht von der privaten Wohnung aus und erweitert sich um dieses Zentrum. Ausgeblendet wird in diesem Modell, dass es weitere solche Zentren gibt. Aus diesem Grund wurde in einem zweiten Schritt das Modell überarbeitet, um diesen Gedanken aufzunehmen.

In einer Gemeinde gibt es keine weissen Flecken wie in der Darstellung in Abbildung 2. Es ist vielmehr so, dass die einzelnen Kreise ausgehend von verschiedenen Zentren sich durchdringen.

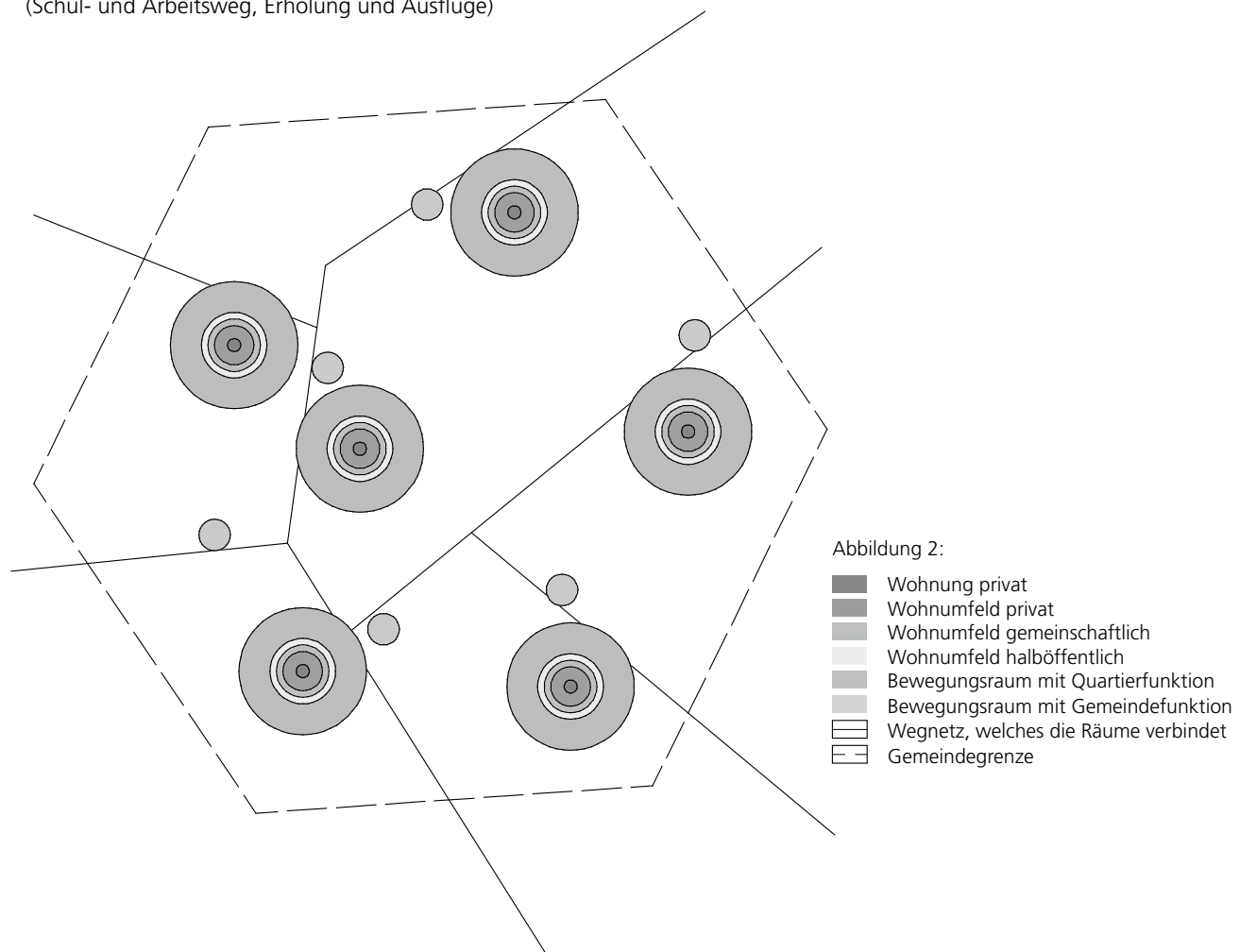
Für eine bessere Übersichtlichkeit wurde dies in Abbildung 2 vereinfacht dargestellt.

Bewegungsfreundliche Siedlungsräume enthalten folgende Elemente:

- Bei der Wohnung: Spielmöglichkeiten für Kinder, Aufenthaltsbereiche für Erwachsene und Senioren (Garten, Quartierstrasse, Quartierspielplatz usw.)
- Im Siedlungsgebiet Parkanlagen, Sportanlagen und die Möglichkeit für Outdooranlagen
- Wegnetz für den Langsamverkehr (Schul- und Arbeitsweg, Erholung und Ausflüge)

In der nun vorliegenden Schrift wird der Focus auf das Wohnumfeld bis hin zu den Bewegungsräumen mit Gemeindefunktion gelegt. Diese Bewegungsräume können grundsätzlich mit fünf Strategien gefördert werden:

- Neue Räume erstellen
- Bestehende Räume verbinden
- Bestehende Räume aufwerten
- Bestehende Infrastruktur uminterpretieren
- Bestehende Bewegungsräume besser nutzen



In Kapitel 3 sind konkretere Aussagen zu diesen verschiedenen Strategien zu finden. Im Anhang 2 befindet sich eine Tabelle mit einer übersichtlichen Zusammenstellung dazu.

Die Sportanlagen werden hier nicht behandelt, dazu verweisen wir auf die Schriftenreihe der Fachstelle Sportanlagen. Dort finden sich zu den meisten Anlagen Informationen. Es ist auch möglich, dass die einzelnen Handlungsfelder in Gemeinden ineinander greifen. Aussagen zu solchen Räumen sind dann sinngemäss aus den folgenden Ausführungen zusammenzustellen.

Alle Zahlenangaben in dieser Schrift sind als Richtwerte zu betrachten und können daher nicht direkt übertragen werden. Durch einen Ist-Soll-Vergleich können die Zahlen diesen Prozess anschieben. Sie geben einen Anhaltspunkt, wie gross ein angemessener Freiraum sein kann und sind als Orientierungshilfen zu verstehen. Durch den Einbezug von Fachleuten ist gewährleistet, dass die einzelnen Schritte auf dem Weg zu einem bewegungsfreundlichen Aussenraum bearbeitet werden.

Wichtig ist der Prozess, der zur Veränderung der Aussenraumgestaltung führt. Damit ist gemeint, dass mit den Bewohnern zusammen aus der betroffenen Situation die beste Lösung zu erarbeiten ist. Bei Lösungen, die durch partizipative Verfahren (Anhang 1) entstanden sind, ist der Konsens in der beteiligten Gruppe wichtig. Das Erreichen einer bestimmten «Zielgrösse» bezüglich Freiraumfläche ist deshalb nicht prioritär. Grundsätzlich gilt, je früher (Konzeptphase) für die Nutzer die Möglichkeit besteht, auf den Freiraum Einfluss zu nehmen, desto besser ist die nachfolgende Aneignung. Zu diesem Zeitpunkt machen die Richtwerte als Orientierungshilfe Sinn.

2. Ausgangslage – Wieso braucht es Bewegungsräume?

Die Lebenswelt von Kindern hat sich in den vergangenen Jahren nachhaltig verändert. Eine Publikation von Zahner L. et al. (2005) erklärt, warum es nötig ist über Bewegungsräume zu sprechen:

«An die Lebenswelt des Kindes und seine sozial-räumlichen Bedingungen des Aufwachsens wird die Forderung gestellt, dass sie die nötigen Voraussetzungen für eine gesunde und natürliche Entwicklung zur Verfügung stellen müssen. In diesem Sinne wird aus gesundheitspolitischer Sicht in der Ottawa-Charta gefordert, dass die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die allen ihren Bürgern Gesundheit ermöglichen.

Diese Bedingungen haben sich offenbar nachhaltig verändert; denn obwohl Kinder heute scheinbar «alles haben», kaum mehr direkte Not leiden und ganze Industriezweige sich mit den vermeintlichen kindlichen Bedürfnissen befassen, werden sie doch um wesentliche, für ihre Entwicklung unverzichtbaren Erfahrungen gebracht. Zunehmende Medieneinflüsse, Konsumzwänge, die Technisierung und die derzeitige Wohn- und Verkehrssituation führen zu einer Begrenzung des Erlebens der eigenen Körperlichkeit und der Sinne und hindern die Kinder daran, sich die Welt selbstständig mit den ihnen eigenen Mitteln anzueignen.»

«Bemängelt wird, dass das veränderte Lebensumfeld von Kindern unbeschwerte, gefahrlose und nicht von Erwachsenen organisierte Spielmöglichkeiten und entwicklungsgemässe Formen der Welterfahrung behindert und verstellt. Das Fehlen von vielfältigen Primärerlebnissen in informellen und natürlichen Spielräumen, besonders in den Städten, sowie fehlende Möglichkeiten, den kindlichen Bewegungsdrang auszuleben, werden dafür verantwortlich gemacht, dass ein Ungleichgewicht zwischen der motorischen, kognitiven und sozialen Entwicklung entstanden ist. Mit anderen Worten sind ein kindgemässes Bewegungsverhalten und die dazu nötigen Bewegungsverhältnisse aus dem Gleichgewicht geraten.»
(Pühse, U. im: Zahner L. et al. (2005), S. 16f.)

«Kinder brauchen zur Entfaltung ihrer Möglichkeiten so früh wie möglich vielseitige taktile und kinästhetische Erfahrungen. Dies nicht nur zur Schulung ihrer Organsysteme, sondern auch zur Entwicklung des Selbstvertrauens»
(Zahner L. et. al. 2005, S.17).

Es wurde festgestellt, dass viele Kinder in der Grundschule heute Mühe haben mit Klettern, Rollen, Ausweichen, Fallen und Balancieren. Handlungsbedarf ist also vorhanden.

Zur gesunden körperlichen, psychischen und sozialen Entwicklung ist ausreichende Bewegung sehr wichtig. Die Kindheit stellt eine einmalige Gelegenheit dar, vielseitige Bewegungen zu lernen, zu begreifen und zu erfassen.

Was ist dazu nötig?

Gegen Ende des Schulalters sollten Jugendliche sich mindestens während einer Stunde pro Tag bewegen, jüngere Kinder wesentlich mehr.

Die Mindestempfehlung für Frauen und Männer in jedem Alter ist täglich eine halbe Stunde mit mittlerer Intensität, das heisst bei leicht beschleunigtem Atem. Um von einem Ausdauertraining zu sprechen, sollte man sich dreimal in der Woche so intensiv bewegen, dass man während 20 Minuten ins Schwitzen kommt.

Die verbrachte Zeit draussen korreliert klar mit der Gesamtbewegungszeit: je mehr die Kinder draussen sind, desto mehr bewegen sie sich. Daraus folgt, dass es wichtig ist, nach draussen gehen zu können/dürfen. Dieser evidente Zusammenhang gibt die Berechtigung ein günstiges physisches Umfeld zu fordern, da es das Bewegungsverhalten von Kindern entscheidend unterstützt. Diese Aussagen und die folgenden Erkenntnisse stammen aus dem Bericht des Public Health Services (2009).

Weitere Erkenntnisse aus der Literatur:

- Der Anteil von Fussgängern und Velofahrern ist höher, je stärker durchmischt die Nutzung im Wohnumfeld ist (Arbeitsplätze, Dienstleistungen, Schulen usw.).
- Ein engmaschiges Strassennetz begünstigt den Langsamverkehr. Ein solches erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass man zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs ist.
- Je höher die Bevölkerungsdichte, desto höher ist der Anteil an Menschen, die sich mit eigener Muskelkraft fortbewegen.
- Je fussgänger- und velofreundlicher der Strassenraum gestaltet ist, desto mehr wird der Langsamverkehr begünstigt. Der Strassenraum sollte so gestaltet werden, dass der motorisierte Verkehr sich ausschliesslich langsam fortbewegen kann.
- Je mehr Grünflächen und Parks sich im Wohnumfeld befinden, desto grösser ist die Bereitschaft sich selbst zu bewegen.
- Die ethnische Zugehörigkeit sowie das Alter werden erst bei Jugendlichen bedeutend. Dies kann eine Chance sein, Kindern im Vorschul- und Primarschulalter kulturübergreifend einen Zugang zur Bewegung zu verschaffen.
- Internationale Daten zum Fuss- und Veloverkehr und zur Unfallhäufigkeit wurden in einer Studie verglichen. Ein unerwartetes Resultat hält fest, dass das Risiko für einen Unfall mit Beteiligung von Automobilisten umso tiefer ist, je mehr Fussgänger bzw. Velofahrer unterwegs sind (Safety in Numbers).

3. Strategien zur Bewegungsraumförderung

3.1 Bewegungsräume neu erstellen

Heute ist der Stadtraum oft bebaut. Die Chancen, in einer bestehenden Gemeinde neue Bewegungsräume und Sportanlagen realisieren zu können, sind gering. Es kann jedoch gelingen, wenn ein Neubau über eine längere Zeit vorge-dacht wird. Dazu sind Konzepte, Zonenpläne und Überbauungsordnungen die richtigen Instrumente, um solche Vorhaben planungsrechtlich richtig vorzubereiten.

Die Innenverdichtung einer Siedlung stellt hohe Anforderungen an die Planer. Dabei ist darauf zu achten, dass die vorhandenen Freiräume für Bewegung und Sport nicht verloren gehen. Da der freie Raum immer knapper wird, müssen die verbleibenden Räume eine sehr gute Qualität aufweisen.

Folgende nicht abschliessende Aufzählung von Möglichkeiten ist unter dieser Kategorie denkbar:

- Neue Bewegungsräume und Sportanlagen sind **ins Freiflächensystem zu integrieren**. Die Erstellung sollte möglichst nicht auf Kosten von bestehenden Grünanlagen geschehen. Durch die Integration ins Freiflächensystem kann davon ausgegangen werden, dass der Zugang zur Anlage durch eine verkehrsberuhigte Erschliessung möglich ist und diese so gefahrlos zu Fuss oder mit dem Velo erreicht werden kann. Mit der Integration des Bewegungsraums ins Freiflächensystem gewinnt auch das gesamte System an Attraktivität. Diese Räume bringen willkommene Unterbrechungen, die zum Verweilen und Zuschauen einladen.
- Neue Bewegungsräume und Sportanlagen sind **in der Nähe von Wohnungen** zu platzieren. Das Ziel sollte sein, den Sportplatz oder den Bewegungsraum in unmittelbarer Nähe vorzufinden, damit ein schnelles und gefahrloses Erreichen der Anlage möglich ist. Gut ist eine Kombination mit öffentlichen Gebäuden und Plätzen, so können sie besser ins soziale Leben der Gemeinde integriert werden. Es gibt viele Sportarten, die für das Publikum attraktiv sind. Diese gilt es entsprechend zu inszenieren.

- Neue Bewegungsräume und Sportanlagen sind auch auf die **Bedürfnisse des informellen Sports auszurichten**. Damit ist angesprochen, dass die Anlage nicht nur für den organisierten Sport entwickelt werden darf. Oft ist es jedoch sehr schwierig die Bedürfnisse dieser Nutzergruppe zu erfassen. Zudem ist sie nicht homogen, was deren Einbezug noch schwieriger macht.
- Die **Erlebnisqualität** ist möglichst vielfältig zu gestalten. Dies hängt stark mit dem vorangehenden Punkt zusammen: es ist ein möglichst breites Angebot zu schaffen. Aber nicht nur, denn auf Bewegungsräumen und Sportanlagen findet nicht nur Sport statt. Es sind auch Orte der Begegnung, die auf alle Altersgruppen ausgerichtet sein sollen.
- **Lineare Erholungsachsen** aus den Ballungsgebieten heraus ins Umland schaffen. Dies kann ein Fuss- und Radwegnetz entlang von Flüssen sein, das für Radwanderungen oder fürs Joggen ideale Voraussetzungen bietet.
- **Künstliche Anlagen zur Entlastung natürlicher Landschaftselemente** schaffen. Damit ist gemeint, dass beispielsweise Kletterwände innerhalb der Siedlung willkommene Trainingsmöglichkeiten bieten, damit Sportler ihre Zeit besser nutzen können und im Gegenzug noch die Umwelt schonen (weniger Verkehrsverursachung und Schonung von speziellen Biotopen).
- Regionale Konzepte durch **interkommunale Zusammenarbeit** oder Kommunalverbände realisieren. Durch eine gute Koordination der Interessen können regionale Synergien genutzt werden. Denn nicht jede Gemeinde benötigt beispielsweise eine 400-m-Leichtathletik-Rundbahn.

3.2 Bestehende Bewegungsräume verbinden

In grossen Siedlungen ist das Verbinden von vorhandenen Bewegungsräumen eine grosse Chance, um generell den Raum für die Bewegung zu vergrössern und der Verinselung entgegen zu wirken.

Diese Strategie eignet sich vor allem in schon bestehenden Quartieren mit zu wenig Raum für Bewegung und Sport.

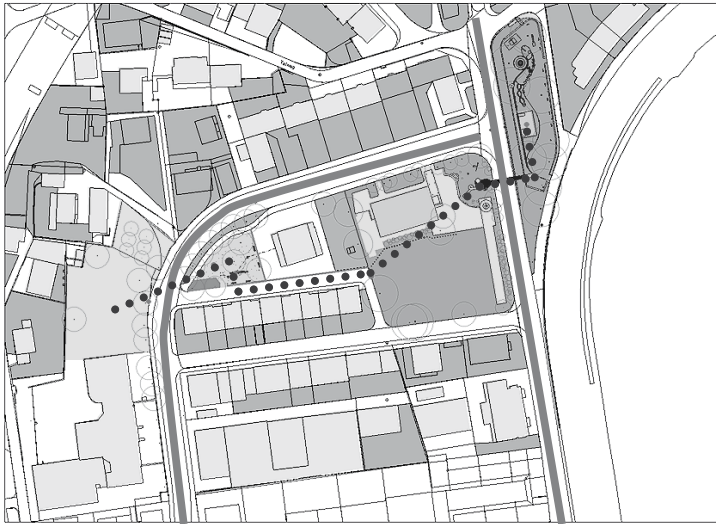
Dies kann beispielsweise mit einer Brücke über eine Strasse geschehen oder mit breiten Trottoirs (Foto Stadtgärtnerei Bern).

Steckgutschule

Dammweg

Nordringpärkli





Situationsplan der Spielmeile in der Lorraine (Stadtgärtnerei Bern)

- Trennende Strassen können mit einer Begegnungszone überwunden werden. Der Fussgängerbereich kann mit einer Anpassung des Profils in den Strassenraum hinein erweitert werden.

3.3 Bestehende Bewegungsräume aufwerten

- Städtische Grünanlagen **multifunktional** gestalten
- Die Stadt **spiel- und bewegungsfreundlich** gestalten
- Freifächensystem der Stadt rechtzeitig sichern und weiterentwickeln
- Sportanlagen und Spielgelegenheiten **veränderbar bauen**
- Spiel- und Sportgelegenheiten **mit Naturerleben** verbinden

3.4 Bestehende Infrastrukturen als Bewegungsraum uminterpretieren

- Mitnutzung von Verkehrsflächen offensiv anstreben und verkehrsberuhigende Massnahmen durchsetzen
- Das Abenteuer-Potenzial von Industriebrachen erkennen und in Wert setzen, d. h. eine Zwischennutzung hin zu bewegungsfreundlichen Freiräumen anstreben
- Gewerbegebiete attraktiver gestalten

- Möglichkeiten für zeitlich begrenzte Angebote nutzen
- Ersatzflächen für verloren gegangene Baulücken sichern
- Jugendliche an der Schaffung von Freizeitsportangeboten beteiligen und pädagogische Betreuung anbieten
- Initiativen aus der Bevölkerung aufgreifen und nutzen
- Akzeptanz innovativer Massnahmen durch Öffentlichkeitsarbeit verbessern
- Positive Imagewirkung ungewöhnlicher Projekte hervorheben
- Finanzierung innovativer Massnahmen als Modellprojekte im Rahmen übergeordneter Förderprogramme anstreben
- Mut zu unkonventionellem, unbürokratischem Vorgehen zeigen
- Möglichkeiten für Wassersport in der Stadt schaffen
- «Urbane Bewegungskultur» pflegen und fördern

3.5 Bestehende Bewegungsräume besser nutzen

Diese Strategie eignet sich bei traditionellen Sportinfrastrukturen wie Sporthallen, Hallenbädern oder Eisflächen usw.

- Nicht ausgelastete Anlagen sollten besser genutzt werden können, auch durch den nicht organisierten Sport. So sollten Aussenanlagen, die dem Schulsport vorbehalten sind, in der nicht genutzten Zeit dem unorganisierten Sport zur Verfügung stehen. Mit innovativen Zeitmodellen können zusätzliche Nutzungseinheiten in solchen Anlagen platziert werden. Dazu ist mit den Verantwortlichen für die Hallenbelegung das Gespräch zu suchen.
- Integration von Bewegung und Sport in den Alltag. Dazu ist der individuelle Tagesablauf zu hinterfragen. An welchen Stellen kann beispielsweise die Treppe anstatt des Lifts benutzt werden? Im Schulunterricht kann der Lehrer in der Pause oder während des Unterrichts versuchen Bewegungselemente einzubauen.
- Schulhöfe für Kinder und Jugendliche ausserhalb der Schulzeit öffnen

4. Erreichbarkeit

Die Erreichbarkeit ist für alle Bewegungsräume elementar. Was nützen die schönsten Bewegungsräume, wenn die potenziellen Nutzer sie nicht oder nur schlecht erreichen können?

Je näher bei der Wohnung die Bewegungsräume liegen und je sicherer sie zu erreichen sind, desto besser können sie von Kindern, auch von kleinen, selbständig aufgesucht werden. Sie müssen dadurch weniger durch Erwachsene begleitet werden. Neben der Lage der Gebäude in einer Siedlung spielt vor allem auch die Verkehrsführung, insbesondere des motorisierten Verkehrs, eine entscheidende Rolle.

Gemäss (Agde G. 2008) ist es anzustreben altersgerechte Spielflächen und Spielorte in Wohnungsnähe anzubieten, die gut erreichbar sind. Als Richtwerte können folgende Kenndaten angegeben werden:

*Für Kinder bis 6 Jahre sind im Wohnumfeld in Sicht- oder Rufweite innerhalb einer Entfernung von bis zu 200 m Fussweg Bewegungsräume nötig.
Für Kinder von 6 bis 12 Jahren sind im Quartier Bewegungsräume in einer Entfernung von bis zu 400 m Fussweg vorzusehen.
Jugendliche ab 12 Jahren haben einen grösseren Radius, für sie sind auch Räume mit Gemeindecharakter für die Bewegung in einer Entfernung von bis zu 1000 m Fussweg noch erreichbar.*

Alle Kinder, auch unter 6 Jahren, sollten selbständig die Räume für die Bewegung erreichen können. Dies ermöglicht es ihnen, diese nach ihren Bedürfnissen aufzusuchen und sich entsprechend zu bewegen. Allgemein sind Bewegungsräume in ein Rad- und Fusswegsystem einzubeziehen, das möglichst ohne gefährliche Querungen konzipiert ist. Dies setzt voraus, dass verkehrsplanerisch die nötigen Massnahmen zu Gunsten der Kinder getroffen werden. Diese können sein: nur verkehrsarme Strassen nutzen, Geschwindigkeit des Verkehrs möglichst tief halten, Beschilderung anpassen usw.

Als Hinweis können die Angaben von Zürich (Keller D., 2005) dienen: Für die quartierinterne Erholung dienen Räume im Freien, die in maximal 15 Minuten erreicht werden können, was einer Distanz von 400 m entspricht. Hindernisse wie Gewässer, grosse Strassen, Bahnlinien und grosse unzugängliche Areale können das Einzugsgebiet für einen Bewegungsraum stark verkleinern.

Die Forderung, die hier postuliert werden kann, lautet: jedes Kind hat einen direkten Zugang zu einem Freiraum. Diesen sollte es möglichst jung selbständig erreichen können.

5. Vom privaten bis zum öffentlichen Wohnumfeld

Was ist gemeint?

Wohnumfeld meint den Aussenraum um eine Wohnung. Es wird oft zwischen näherem und weiterem Wohnumfeld unterschieden. Das nähere Wohnumfeld gehört im Sommer oft zum Wohnraum. Beide zusammen sind verantwortlich für attraktives Wohnen und dürfen deshalb nicht «nur» als Fläche ums Haus betrachtet werden. Das Wohnumfeld hat also einen entscheidenden Einfluss auf die Standortattraktivität eines Quartiers und insgesamt einer Gemeinde.

Mit gestalterischer Qualität und der menschlichen Dimensionierung kann wesentlich zu einem positiven Image der Siedlung beigetragen werden. Den Bewohnern ist die Möglichkeit zur Mitgestaltung ihrer Wohnumgebung zu gewähren. Damit erreicht man eine hohe Identifikation und erhöht gleichzeitig die soziale Kontrolle dieser Räume. Mangelhaft genutzte Freiräume können negative Folgen auf die Siedlungsentwicklung haben, bis hin zu einer Verslumung des Quartiers.

Was gilt es zu beachten?

Damit der Freiraum um die Gebäude nicht zur Restfläche verkommt, können folgende Skizzen anschaulich zeigen, wie die Gebäude sinnvoll platziert werden (Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, 1996, S. 14). Die Gebäudestellung ist im Sondernutzungsplan (Quartierplanung / Gestaltungsplan) zu verankern. Sie trägt wesentlich dazu bei, dass die Aussenräume eine räumliche Qualität erhalten. Damit wird entscheidend festgelegt, was für Möglichkeiten die künftigen Bewohner in ihrem Aussenraum haben.

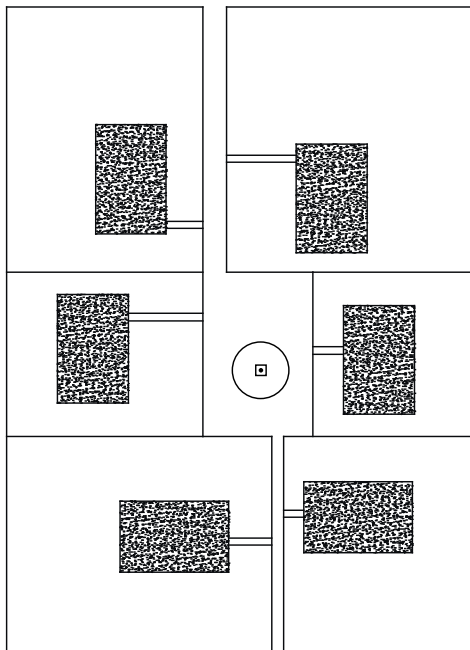


Abbildung 3: Freistehende Einzelhäuser, um einen gemeinsamen Hof angeordnet.

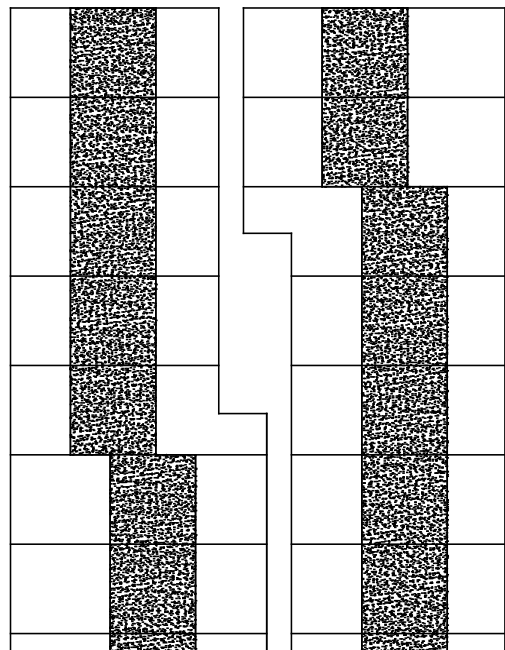


Abbildung 4: In Reihenhaussiedlungen ist es wichtig, eine vordere und eine hintere Seite der Häuserzeile wahrzunehmen, dadurch entstehen für die Bewegung verschieden nutzbare Räume.

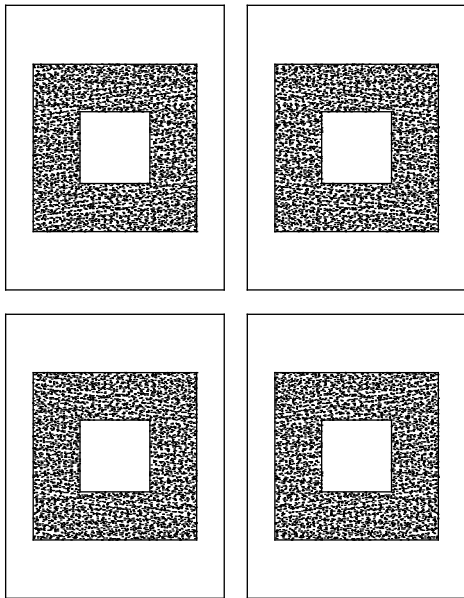


Abbildung 5: Hofrandbebauung die Strassenseite ist öffentlich, der umbaute Hof weist einen gemeinschaftlichen Bewegungsraum auf.

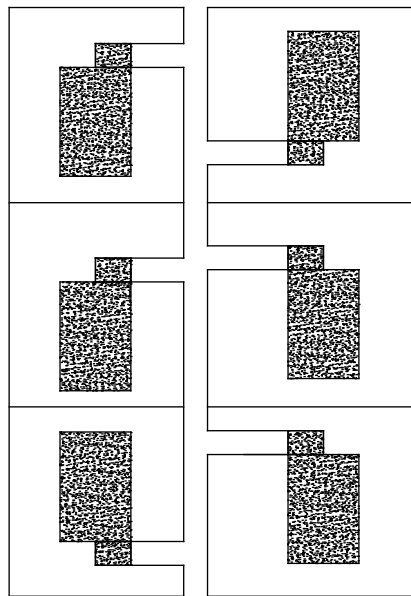


Abbildung 6: Einfamilienhäuser entlang von Erschliessungsstrassen angeordnet.

Einfamilienhäuser hofartig angeordnet (siehe Abbildung 3), ergeben die besseren Bewegungsräume mit einer höheren Aufenthaltsqualität. Es entstehen gemeinschaftlich nutzbare Aussenräume. Die Vielfalt an differenziert nutzbaren Räumen nimmt deutlich zu.

Die Aussenräume um Einfamilienhäuser entlang von Strassen (siehe Abbildung 6) sind ungegliedert und als Aufenthalts- und Bewegungsräume nicht geeignet. Dies kann dazu führen, dass Kinder, die auf dem Land aufwachsen, also in einer vermeintlich kinderfreundlichen Umgebung, sogar noch weniger draussen spielen dürfen, als Kinder in einer Stadt. Dies weil die Aussenräume nicht attraktiv und sicher genug sind.

Auch bei einer dichten Bebauung können vielfältige, gut nutzbare, auf menschliche Massstäbe abgestimmte Freiräume entstehen, die eine hohe Aufenthalts- und Bewegungsqualität aufweisen. Mit gestalterischen Elementen und einer gezielten Bepflanzung können die verschiedenen Zonen aufeinander abfolgen. Wir unterscheiden grundsätzlich vier verschiedene Zonen: öffentliche, halböffentliche, gemeinschaftliche und private.

Mit diesen vier Typen gilt es eine sinnvolle Raumabfolge im direkten Wohnumfeld zu gestalten, so dass der Raum einen hohen Aufforderungscharakter erhält, sowohl für die Bewegung als auch für soziale Kontakte. In der Fachsprache wird von der sogenannten Aneignung gesprochen. Bevölkerung kann sich den Raum aneignen. Erst so kann das Potenzial, das in diesem Raum liegt, auch genutzt werden. Das Wohnumfeld ist speziell für Kinder und weniger mobile Erwachsene von grosser Bedeutung für deren Entwicklung und Lebensqualität.

Welche Wohnumfeldtypen gibt es?

Raumtypen	privat	gemeinschaftlich (Hauseingangs- gemeinschaft)	halböffentlich (Siedlungs- gemeinschaft)	öffentlich
Beschrieb:	Nur durch die Bewohner der Eigentumswohnung oder des Einfamilienhauses genutzter Aussenraum.	Aussenraum, der durch eine definierte Anzahl von Bewohnern der Liegenschaft genutzt wird.	Aussenraum, in dem die privaten und die öffentlichen Beziehungen in einander übergreifen.	Aussenraum, der durch Personen genutzt wird, die sich nicht zwingend kennen.
Beispiel:	Eigener Hausgarten oder Zone vor dem eigenen Haus bis zur Klingel oder dem Briefkasten.	Mehrere Wohnungen nutzen zusammen einen Garten oder den Vorgarten eines Mehrfamilienhauses.	Übergangsbereich vor dem Haus bis zur Strasse; ein durch mehrere Anwohner genutzter Hof einer Blockrandbebauung; eine Begegnungsstrasse in einem Quartier; kurze Sackgassen ohne Durchgangsverkehr.	Strassenraum, Parkanlagen, öffentliche Spielplätze.

Tabelle analog der Darstellung aus der Broschüre des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen, 1996, S. 18.

Die Grenzen dieser Zonen müssen nicht immer sofort spürbar und trennscharf sein. Oft sind die Grenzen, die diese Sozialdistanzräume definieren nur ganz zurückhaltend ausgestaltet und nur von den Bewohnenden eindeutig verinnerlicht.

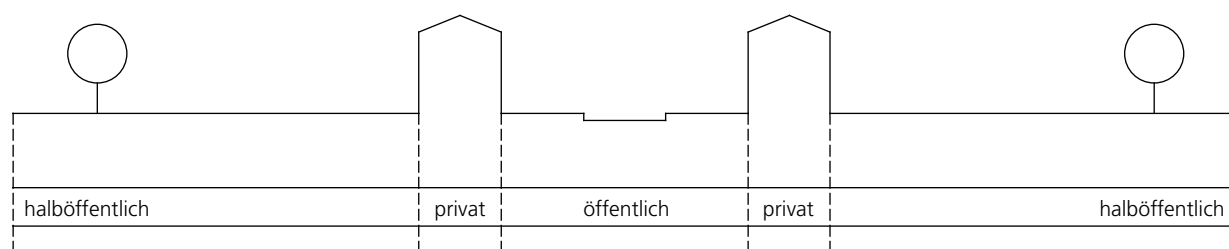


Abbildung 7: Wohnumfeld ohne gestalterische Zonierung.

Hat ein Wohnumfeld keine Übergangszonen aus gemeinschaftlichen bzw. halböffentlichen Bereichen, so ist die Aufenthaltsqualität schlecht. Es fehlen geschützte Rückzugsorte, die für das Spiel der Kinder wichtig sind, oder ein geschützter Sitzplatz für die betreuende Person. Gefällt es dieser nicht, wird auch das Kind nicht lange dort spielen dürfen.

Wie kann ein gut strukturiertes Wohnumfeld aussehen?

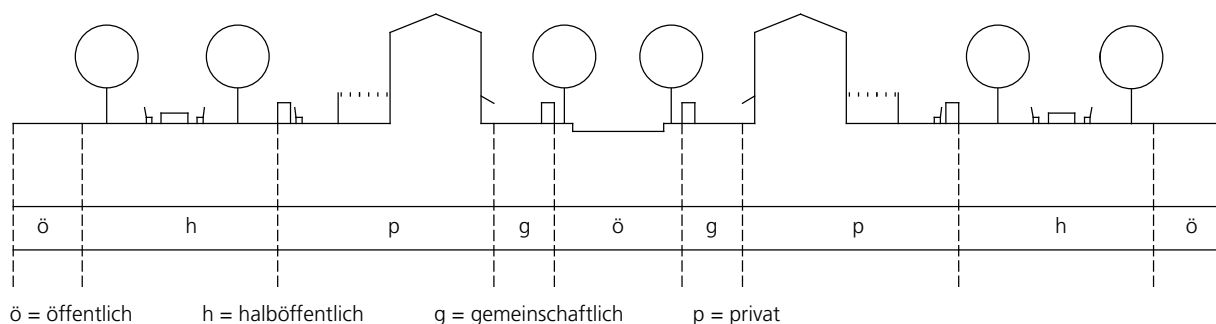


Abbildung 8: Wohnumfeld mit Zonierung in einer Reihenhaussiedlung/verdichteter Wohnungsbau

So kann ein gut zoniertes Wohnumfeld aussehen. Darin folgen sich die einzelnen Zonen, so dass die Aufenthalts- und Nutzungsqualität erhöht wird. Ein wichtiges Qualitätskriterium ist die Unterscheidung in «vor» und «hinter» dem Haus. Zur Abgrenzung der Zonen eignen sich verschiedene Elemente wie eine Mauer, ein Gartenzaun, ein Belagswechsel, eine Hecke, ein Niveausprung mit einer Stufe, ein Gartenhäuschen, eine Pflanzrabatte, eine Pergola usw. Diese Aufzählung ist nicht abschliessend und soll aufzeigen, dass die Zonengrenzen durch ganz unterschiedliche gestalterische Elemente der Situation angepasst werden können. Es empfiehlt sich, die Grundkonzeption einer Siedlung und deren

Aussenraum mit entsprechenden Fachleuten (Architekten und Landschaftsarchitekten) in Zusammenarbeit mit den künftigen Bewohnern zu erarbeiten. Damit soll gewährleistet werden, dass ein langfristig tragbarer Rahmen entsteht, in dem die Individuen ihre eigenen Vorstellungen ausleben können und das Quartier trotzdem als Einheit funktioniert.

Möglich ist auch, dass die Bewohner diese Grenzen ihrem Empfinden entsprechend anders platzieren. Im Sommer kann z.B. mit mobilen Pflanzen in Töpfen die Grenze der gemeinschaftlichen Zone weiter vom Haus weg verschoben werden.

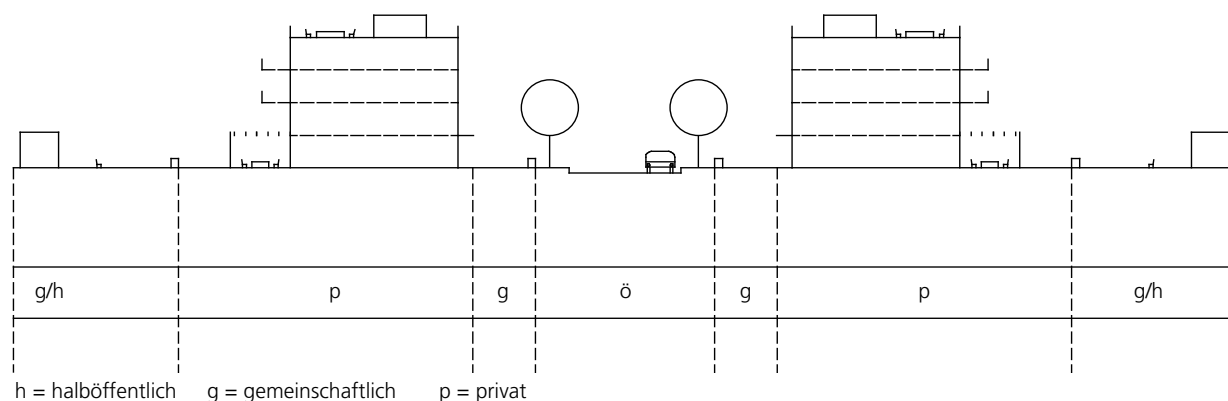


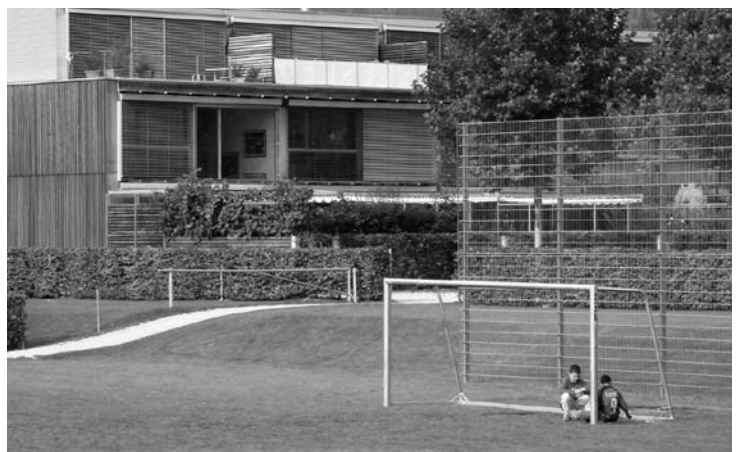
Abbildung 9: Wohnumfeld mit Zonierung im Geschosswohnungsbau

Der Strassenraum wird mit Bäumen, Mauern oder Hecken und Pergolen in menschliche Dimensionen unterteilt. Hinter dem Haus hat die Erdgeschosswohnung einen direkten Zugang in den Garten. Weiter weg können auch Gärten für die oberen Wohnungen vorgesehen werden, deren Bewohner ihre Gerätschaften und Möblierung in einem Gartenhäuschen unterbringen können.

Zur Förderung von Kontakten sollen möglichst viele Nutzungen wie Veloabstellplätze, Briefkästen, gemeinsamer Werkraum usw. im gemeinschaftlichen Bereich angeordnet werden.

Die Gestaltung des Wohnumfeldes ist entscheidend für die Entwicklung der Kinder. Deshalb darf dieser Raum nicht als Restfläche betrachtet werden, er muss genau so sorgfältig behandelt werden wie das Gebäude selbst. Die einzelnen Zonen sind entsprechend ihren Funktionen zu gestalten. Dazu braucht es Fachleute, die in der Lage sind, diesen Räumen einen tragfähigen, langfristigen und stabilen Rahmen zu geben. So sind darin verschiedene Nutzungen möglich und die Kinder werden angeregt, eine Vielfalt an Spielen zu entwickeln. Das Konzept darf bei einem Mieterwechsel nicht auseinander fallen.

Gemeinschaftlich nutzbare Freiflächen sind besonders dort nötig, wo private Aussenräume knapp oder nicht vorhanden sind, etwa in Stadtzentren. Auch in Einfamilienhaus-siedlungen, wo überwiegend privates Grün vorhanden ist, braucht es ergänzend gemeinschaftliche Aussenräume für alle Aktivitäten, die mehr Platz brauchen. Sie können dort Identität stiften und einen Kristallisationspunkt für gemeinsame Projekte bilden und eine Siedlung aus dem anonymen Nebeneinander führen und zum Garten für alle Nachbarn werden. Diese gemeinschaftliche Freifläche sollte dieselben Qualitäten aufweisen wie ein privater Garten: Bereiche, in denen man sich zurückziehen kann, und solche die frei gestaltbar und übersichtlich sind.



Im Wohnumfeld braucht es sowohl privaten wie gemeinschaftlichen Aussenraum.

Als Hinweis kann auf die Versorgung von Zürich (Keller D., 2005) verwiesen werden. Die Freiraumversorgung pro Einwohner mit privatem und halböffentlichem und Freiraum wird in drei Kategorien eingeteilt:

*> 40 m² gilt als viel
20–40 m² als mittel
< 20 m² als wenig*

Es wird davon ausgegangen, dass der gemeinschaftliche Freiraum in diesen Zahlen mitgemeint ist.

6. Spielplätze

Was ist gemeint?

Spielplätze in Hausnähe sind eher für Kleinkinder zu konzipieren. Quartierbezogene Spielplätze müssen auch für ältere Kinder gestaltet sein und insbesondere auch den betreuenden Personen gerecht werden, so dass die Kinder möglichst lange spielen dürfen. Kinder, die in Begleitung einer erwachsenen Person zum Spielen kommen, dürfen nur solange spielen, wie diese Person Zeit und Lust hat an diesem Ort zu verweilen. Spielplätze sind zu einem grossen Teil ein Ersatz für das nicht funktionierende Wohnumfeld, aus diesem Grund ist es wichtig, dass diese Einrichtungen eine gute Alltagsbespielbarkeit aufweisen.

Was gilt es zu beachten?

Wie soll ein Spielplatz gestaltet sein? Viele kantonale bzw. kommunale Bauordnungen verlangen Spiel- und Aufenthaltsflächen im Aussenraum, die anteilmässig auf die Bruttowohnfläche. Wie diese allerdings gestaltet werden sollen, ist meist offen. Es existieren oft keine Hinweise darauf, wie solche Flächen sinnvoll gestaltet werden können.

Pro juventute hat in ihrer Broschüre «Kindergerechtes und familienfreundliches Bauen» sieben Prinzipien beschrieben, die zu einem kindgerechten Aussenraum führen. Diese können auch auf Spielplätze übertragen werden:

1. Verhalten gestalten: dahinter steht der Gedanke, auch künftigen Nutzern einen Gestaltungsspielraum zu lassen, d.h. der Rahmen ist vorzugeben, was aber darin stattfindet, sollen die Nutzer selbst entscheiden können. Dies bedeutet, dass ein zurückhaltender Umgang mit vordefinierten Spieleinrichtungen zu empfehlen ist. Kinder folgen den Handlungsanweisungen, die durch die Spielgeräte vorgegeben sind und verpassen dadurch mögliche Handlungsketten wie Entdecken – Probieren – Verwerfen – Ändern – Neubeginn. Weitere Gründe, auf eine fixe Spielausrüstung zu verzichten, sind:

- Die Kinder spielen weniger lang, da es weniger Varianten gibt.
- Die Geräte sind nur auf eine bestimmte Altersgruppe ausgerichtet. Die Integration von verschiedenen Altersgruppen in ein Spiel ist zum Vornherein ausgeschlossen.
- Die Spielgeräte sind relativ teuer.

2. Gemeinsam statt einsam: Anwohner und Nutzergruppen sind unbedingt in den Planungsprozess zu integrieren. Dazu ist das richtige Partizipationsverfahren zu wählen (siehe Anhang 1). Spielplätze können nur bedingt das Wohnumfeld ersetzen. Die verschiedenen Altersgruppen sollen die Möglichkeit erhalten, sich ihren Interessen entsprechend zu bewegen und sich auszutauschen. Dafür sind geeignete Räume zu gestalten. Der Spielplatz soll Treffpunktfunktion erhalten.

3. Fühlen – denken – handeln: Raumaneignung geschieht durch die Handlung. Kinder lernen ihre Umwelt begreifen. Diesem Prinzip wird auch mit den Empfehlungen zur Spielplatzgestaltung wesentliches Gewicht beigemessen.

4. Vernetzen statt isolieren: Damit ist gemeint, Räume zu entwickeln, die Mehrfachnutzungen zulassen und fördern. Dabei ist auch an die verschiedenen Altersgruppen zu denken, die den Raum nutzen können. Mit einem abwechslungsreichen Wegnetz sind die verschiedenen Raumtypen zu vernetzen.

5. Gesund statt giftig: Mit diesem Prinzip sollen giftige Baustoffe möglichst von den Spielbereichen verbannt werden. Eine Gestaltung mit natürlichen Materialien (Baumstämme, Kletterbäume, Sand, Kies usw.) ermöglicht wichtige Primärerfahrungen und initiiert eine selbstständige Aneignung.

6. Dynamik statt Statik: Durch Pflanzen sollen die Jahreszeiten erlebbar werden. Die Gestaltung selbst soll sich entsprechend den Bedürfnissen der Nutzer verändern können. Um die Nutzbarkeit des Spielplatzes zu verbessern, ist auch die Schlechtwettervariante zu bedenken.

7. Kreislauf statt Wettlauf: Mit den vorgegebenen Gestaltungselementen können die Spielideen beeinflusst werden, deshalb sind schwergewichtig Elemente zu wählen, die den Kreislaufgedanken vermitteln können wie zum Beispiel: Laubgehölze, Sand-Kiesbereiche, Wasserstellen mit einem Matschbereich, Klettereinrichtungen mit Bäumen kombinieren usw. Wo dies möglich ist, kann auch eine Feuerstelle diesen Gedanken unterstützen.

Welche Typen gibt es?

Der Gerätespielplatz ist der am weitesten verbreitete Typ. Die Nutzung ist vordefiniert, der Unterhalt gut planbar, alles gut berechenbar, der Betreiber geht keine Risiken ein. Der Spielwert solcher Anlagen ist wie oben angetönt nicht optimal.

Weitere Typen, die aber weniger verbreitet sind, sind Abenteuer-, Robinson- und Erlebnisspielplätze. Diese Spielplatztypen sind sich sehr ähnlich und unterscheiden sich meist nur in der Wortwahl, es wird beispielsweise auch von Bau-spielplatz gesprochen.

Bei allen Spielplatztypen sollen verschiedene Spielarten möglich sein.

Grundsätzlich werden drei unterschieden (pro juventute, 2000, S. 18): Beziehungs-, Gestaltungs- und Bewegungsspiele. Diese treten häufig in Kombination miteinander auf. In der folgenden Tabelle sollen die Spieleinrichtungen erwähnt werden, welche die einzelnen Spielformen in ihrer Ausübung unterstützen (analog pro juventute).

Art des Spiels	Elemente	Konkrete Beispiele
Beziehungsspiele	Nischen, Rückzugsmöglichkeiten	Spielhäuschen, Arena, Weidenhaus, Trennelemente, Büsche usw.
	Kommunikation	Bänke mit Tischen, Arena usw.
	Ruhebereiche	am Schatten, an der Sonne, ohne Lärm
	Pflanzen und Tiere	Gemüse-, Blumen-, Kräuter- und/oder Beerengarten, Tiergehege, Geräteschuppen usw.
Gestaltungsspiele	Sand – Erde – Kies	Bereiche mit diesen Materialien anbieten
	Wasser	Pumpe, Wasserlauf, Zapfstelle usw.
	Feuer	Feuerstellen an geeigneten Orten ermöglichen
	Bauen und Gestalten	Holz, Steine, Röhren usw.
Bewegungsspiele	Freie Bewegung	offene Spielwiese, Hügel, Bäume usw.
	Bewegung an fixen Elementen	Klettergerüst, Rutschbahn, Schaukel, Wippe usw.
	Bewegung mit mobilen Geräten	Velofahren, Skaten, Rollbrettfahren auf Hartbelag oder Rampen usw.
	Bewegung mit mobilen Objekten	Tore, Netze und Körbe für Ballspiele und entsprechende Markierungen

Wie kann ein gut gestalteter Spielplatz aussehen?

Mit den folgenden Bildern soll ein Eindruck vermittelt werden, in welche Richtung gedacht werden könnte.



6.1 Sicherheit auf Spielplätzen

Es sollen nicht alle Gefahrenstellen aus einer Anlage ausgeschlossen werden. Wichtig ist, dass die Gefahr erkannt und der Umgang damit erlernt werden kann z. B. das Klettern auf einen Baum. Das Risiko sollte kalkulierbar sein. **Auszu-schliessen sind versteckte Gefahrenstellen**, z. B. vorstehende Schrauben in einem Sturzraum eines Spielgerätes.

Wasseranlagen dürfen Kinder nicht gefährden, d. h. Teiche, an denen mit Kleinkindern zu rechnen ist, müssen eingezäunt werden oder eine breite Seichtwasserzone von 20 cm Tiefe aufweisen.

Giftige Pflanzen dürfen nicht eingesetzt werden.

Die Spieleinrichtungen sind regelmässig zu kontrollieren.

- In Bonn wird eine Versorgung mit Spielplatzflächen innerhalb einer Bandbreite von 6–11 m² pro Kind im Alter von 0–14 Jahren als bedarfsgerecht angesehen.
- In Zug geht man von 20 m² pro Kind aus.
- Der Kanton Bern gibt in der Bauverordnung Mindestflächen vor: Die Fläche der Kinderspielplätze hat wenigstens 15 Prozent der Bruttogeschossfläche der Familienwohnungen zu entsprechen.

Die Fixierung an eine m²-Zahl ist nicht originell und oft nicht wissenschaftlich nachvollziehbar, doch in der politischen Diskussion sehr hilfreich und einfach zu erheben. Es lässt sich rasch ein Urteil abgeben über die Lücke zwischen Bestand und Bedarf. Diese Zahl kann einfach und überzeugend kommuniziert werden.

Hier soll auf qualitative Prinzipien verwiesen werden, gemäss den zitierten Studien in der «Ausgangslage» gilt: je mehr freie Flächen für Bewegung und Sport zur Verfügung stehen desto besser.

6.2 Zugänge zu Spielplätzen

Für jeden Typ Spielplatz gilt: Sie dürfen nicht durch Tiefgaragen und wenig begangene Wege erschlossen werden. Der Zugang darf nicht über befahrene Strassen erfolgen, er ist behinderten- und kindgerecht zu gestalten.

Zwei Elemente sind im Umgang mit Spielplätzen besonders hervor zu heben, einerseits die Erreichbarkeit (Kapitel 1) und andererseits der Prozess (siehe Anhang 1) zur Erstellung bzw. Umgestaltung der Anlage.

6.3 Spielplatz-Flächenbedarf

Wieviele m² Spielplatz braucht ein Kind? Welche Fläche muss mindestens vorhanden sein, damit sich ein Kind entsprechend seinen Bedürfnissen bewegen kann? Solche oder ähnliche Fragen stehen im Raum, wenn diese Diskussion aufgeworfen wird.

Folgende Auflistung soll die Spannweite der Diskussion veranschaulichen:

- In Berlin gilt für die Berechnung der öffentlichen Spielplatzflächen gemäss § 4 Abs. 1 Kinderspielplatzgesetz ein Richtwert von 1 m² Spielplatzfläche pro Einwohner. Dies ergibt einen Gesamtbedarf für die Stadt von 330 ha Fläche. Der Bestand liegt bei ca. 200 ha.

7. Schulhöfe und Pausenplätze

Was ist gemeint?

Schulhöfe und Pausenplätze stellen verteilt über das Gemeindegebiet wichtige Bausteine im Gesamtkonzept einer bewegungsfreundlichen Gemeinde dar. Sie sollen vor allem dem freien Spiel in der Pause und in der schulfreien Zeit der freien Bewegung, dem informellen Sporttreiben und allenfalls dem Vereinssport dienen, wenn diese Synergie möglich ist.

Was gilt es zu beachten?

In Zusammenarbeit mit den Kindern, der Lehrerschaft, dem Abwart, der Schulbehörde und dem Landschaftsarchitekten ist die Planung oder Umgestaltung des Pausenplatzes vorzunehmen. Der Fachmann soll die verschiedenen Bedürfnisse aufnehmen und in Zusammenarbeit mit den Nutzern eine konsensfähige Lösung erarbeiten. Er wird insbesondere gebraucht, um die bestehende Situation analysieren zu helfen und bei der Bedürfnisseevaluation genauer hinzuhören, um den Problemen auf den Grund zu gehen. Er kann auch die Kostenfolgen der Bedürfnisse abschätzen und die nötigen Baumassnahmen ausschreiben und eine allfällige Bauleitung erbringen. Die folgende Zusammenstellung ist an die Empfehlungen von Flückiger E. (1991) angelehnt.

- Unterschiedliche Belagsarten fördern natürliche Bewegungsmuster. Dabei sind befestigte Flächen als Abschluss und Übergang zu Gebäuden einzuplanen, damit verschmutzte Schuhe vor dem Eingang noch abgetreten werden können.
- Es sind verschiedene Raumkategorien (Nischen/offene Bereiche/durchlässige, strukturierte Abschnitte, Bereiche mit Geräten, bzw. Gegenständen/Bereiche zum Sitzen usw.) zu gestalten, um eine möglichst grosse Anzahl an Bedürfnissen abzudecken (Mehrzwecknutzung). Es ist nicht nur an die Schulkinder zu denken, sondern an alle Altersgruppen, die diesen Raum nach der Schulzeit nutzen können. Ein Nebeneinander von spielerischen, sportlichen und kommunikativen Bereichen fördert diesen Ansatz.
- Die grösseren versiegelten Flächen, die meistens noch bei Schulhäusern angetroffen werden, sollten in einer angemessenen Grösse erhalten werden. Sie dienen als Allwetterplatz und als Spielfläche für Streetball, Inline-Skating, Strassenhockey usw.
- Sportanlagen und Schulareale sind oft räumlich verschwisst. Es gilt eine Gestaltung anzustreben, die das gegenseitige Potenzial der anderen Nutzung erschliesst ohne eine Beeinträchtigung hervor zurufen.

- Am Rand von Wegen sind abwechslungsreiche Nischen und Sitzgelegenheiten vorzusehen wie Schwebebalken, Baumstämme, Rundhölzer in verschiedenen Höhen oder ähnliche Einrichtungen. Bei Wegen ist explizit auf die Rollstuhlgängigkeit zu achten.
- Interessante Erlebnisse durch Blüten und Früchte von verschiedenen Gehölzen, welche die Jahreszeiten veranschaulichen, schützen vor Wind und neugierigen Blicken und bieten erst noch verschiedenen Tierarten Futterangebote, insbesondere den Vögeln. Unter anderem werden mit solch interessanten Elementen die Leute ins Freie «gelockt».
- Mit Steinhäufen, Nistkästen, Hecken können auf einfache Weise Lebensräume für Tiere geschaffen werden, die den Kindern als willkommene Beobachtungsgelangenheiten dienen. Auf giftige Pflanzen ist zu verzichten.
- Interessant kann auch das Anlegen eines Schulgartens sein, der mit einer Klasse übers Jahr hindurch betreut wird. Dadurch sehen die Kinder, woher ihr Gemüse auch kommen kann und erhalten so einen anderen Bezug dazu.
- Das Spiel mit der Topografie ist ein weiteres wichtiges Element, das sich in verschiedenen Ausprägungen anbietet. Mit Erhöhungen oder Senken lassen sich differenzierte Raumerlebnisse erzeugen. Es gilt diese Elemente gezielt einzusetzen, so dass zusammenhängende Flächen z. B. für Ballspiele nicht zerschnitten werden.
- An einer zentralen Stelle des Schulareals können grosse und teure Spielmaterialien verwaltet werden. Im Werkunterricht können allenfalls die Schäden behoben werden.
- usw.

Die Gestaltungsideen der Spielplätze können auch hier wieder aufgegriffen werden.

Welche Typen gibt es?

Die Schul- und Pausenhöfe müssen in erster Linie der Altersstufe der jeweiligen Klassen entsprechen. Es wird also im Aussenraum ablesbar sein, ob es sich um einen Kindergarten, eine Unter- oder eine Oberstufe usw. handelt. Es kann also nach der Nutzergruppe unterschieden werden.

Wie kann ein gut gestalteter Pausenplatz aussehen?



8. Park- und Grünanlagen

Was ist gemeint?

Parkanlagen sind allgemein zugänglich und können Spiel- und Sportanlagen enthalten. Es handelt sich meist um Flächen mit einem hohen Anteil an Bäumen, Sträuchern, Rasenflächen und allenfalls der Integration des Elementes Wasser in der einen oder andern Form in die Anlage. Viele Parkanlagen sind auf ehemaligen Friedhöfen entstanden. Sie liegen meist inselartig über das Gemeindegebiet verstreut. Dabei handelt es sich um Freianlagen mit einem übergeordneten Bezug zum Quartier oder einem Stadtteil. In neuen Stadtteilen und Quartieren sind auch neue Parks und Grünanlagen einzuplanen. Darin werden Bedürfnisse abgedeckt, die in der unmittelbaren Hausumgebung nicht befriedigt werden können.

Mit öffentlichen Grünanlagen und Freiräumen wird der Wert der Liegenschaften im Einzugsbereich wesentlich beeinflusst (D. Gruehn, 2006). Je nach Ausstattungsmerkmalen und Funktion kann der Wert bis zu ca. 20 % variieren. Auch die Unterhaltsintensität, d. h. der betriebene Pflegeaufwand in einer Anlage, hat einen wesentlichen Einfluss auf die Liegenschaftswerte der umliegenden Grundstücke.

Diese beiden Gründe sind vor allem in der politischen Diskussion wichtig, wenn es um die Verteilung der Gelder in einer Gemeinde geht.

Als Gestaltungsgrundsätze können die neun Merkmale (Schöffel J., 2005) dienen. Sie lassen einen grossen Spielraum und geben trotzdem einen Rahmen, in dem abgestützt auf das Gesamtkonzept vieles möglich ist. Folgende Punkte gilt es zu berücksichtigen:

- **Vielfältigkeit:** Die Anlage soll eine Mehrfachnutzung erlauben. Monofunktionale Anlagen sollten die Ausnahme sein oder dann sehr gut ins gesamte Raumgefüge integriert sein, so dass es nicht störend wirkt.
- **Veränderbarkeit:** Die Gesamtkonzeption sollte so stark sein, dass sie auch Veränderungen der Inhalte unbeschadet mitmacht. Die Nutzung der Anlage kann sich mit einer anderen Generation von Nutzern verändern. Dieser Entwicklung muss eine Anlage Rechnung tragen können.
- **Robustheit:** Die eingesetzten Elemente sollten einfach, stabil und nutzerfreundlich sein. Kinder sollten sich an den Einrichtungen betätigen dürfen, ohne immer Angst haben zu müssen, etwas kaputt zu machen. Defekte Einrichtungen wirken abstossend und dadurch kontraproduktiv. Eingesetzte Rasentypen sollen belastbar sein und eine hohe Frequentierung erlauben.

- **Offenheit:** Die Anlage soll für alle zugänglich sein und ins Gesamtsystem der Freianlagen und des Langsamverkehrs integriert sein.
- **Aufforderungscharakter:** Die Anlage sollte für die verschiedensten Sinneserfahrungen Anreize bieten und die Besucher auffordern, sich aktiv mit den angetroffenen Einrichtungen auseinander zu setzen.
- **Generationsübergreifende Gestaltung:** Es sollte für alle Altersgruppen Möglichkeiten geben, sich den Bedürfnissen entsprechend zu bewegen. Die betreuenden Personen sollen möglichst sorglos ihre Kinder spielen lassen können.
- **Hindernisfreies Bauen:** Die weniger mobilen Personengruppen sind in den Fokus zu nehmen.
- **Kommunikationsförderung:** Mit der Gestaltung der Anlage sind ungezwungene Begegnungen zu unterstützen. Dadurch kann auch die Integration gefördert werden.
- **Nachhaltig bauen:** Die gesamte Anlage ist mit wiederverwendbaren Materialien zu bauen. Dabei hilft der stete Gedanke an den künftigen Rückbau.

Was gilt es zu beachten?

Um die Sicherheit gewährleisten zu können, dürfen keine Bereiche entstehen, die von den Wegen nicht einsehbar sind. Das Anlegen eines Parks richtet sich, neben künstlerischen und gestalterischen Aussagen nach funktionellen und räumlichen Gesichtspunkten. Es kommt leider immer mehr zu Schliessungen von Parks in der Nacht, da der Vandalismus an Einrichtungen zunimmt. Auch die Gewaltbereitschaft einzelner Mitglieder unserer Gesellschaft hat dieser Entwicklung Vorschub geleistet. Deshalb ist mit einer offenen, hellen Gestaltung dem Angstgefühl zu begegnen. In andern europäischen Städten gibt es betreute Angebote zum Sport oder aber ständige Aufsichtspersonen.

Begrenzende Faktoren, können sein (Gräzer R. 2001):

- die Grösse der Anlage; allgemein werden grosse Grünräume besser angenommen als kleine.
- das subjektive Gefühl der Sicherheit; dieses hängt stark mit der Übersichtlichkeit und der Beleuchtung zusammen.
- die Attraktivität; d. h. wie sind die Spiel- und Sitzmöglichkeiten?, hat es Wasser?, sind Schutzbauten vorhanden, um bei Regen unterstehen zu können?
- die verfügbare Zeit.

Welche Typen gibt es?

Je nach Einzugsgebiet eines Parks kann zwischen einem Quartier- und einem Stadtpark unterschieden werden. Eine weitere Unterscheidungsmöglichkeit ist nach der örtlichen Bezeichnung (Lage), wie beispielsweise Schloss-, See-, Promenaden- oder Boulevardpark. Nach der Funktion kann in Tier-, Skulpturen-, Spiel-, Kur- und Sportpark unterschieden werden. Der Sportpark ist in der Schweiz noch überhaupt nicht bekannt, der Begriff kommt aus Deutschland. Dieser Parktyp fasst ganz bewusst verschiedene Bewegungsräume und Sportarten in einem Park zusammen, dazu gehören die nötigen ergänzenden Infrastrukturen wie Garderobe, Restaurant usw.

Wie kann der Park aussehen?



Literaturverzeichnis

Agde, G. et al. (2008). Spielplätze und Freiräume zum Spielen. Ein Handbuch für Planung und Betrieb. 3., vollständig überarbeitete Auflage. Beuth Verlag GmbH. Berlin.

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (1996). Wohnumfeld, Gestalt der Nutzung wohnungsnaher Freiflächen, Arbeitsblätter für die Bauleitplanung Nr. 10, Grünordnung und Landschaftspflege. München: Bayerisches Staatsministerium des Innern.

Flückiger, E. (1991). Handbuch Pausenplatz. Pausenplätze aktiv gestalten und aktiv nutzen. Verlag SVSS. Zumikon.

Gälzer, R. (2001). Grünplanung für Städte. Planung, Entwurf, Bau und Erhaltung. Eugen Ulmer GmbH & Co. Stuttgart.

Gruehn, D. (2006). Bedeutung von Freiräumen und Grünflächen für den Wert von Grundstücken und Immobilien. Forschungsprojekt im Auftrag der GALK-DST. Endbericht (Kurzfassung). Austrian Reserach Centeers – systems reserach GmbH. Wien. Zugriff am 5. August 2008 unter http://www.galk.de/fvh_gruen/down/fvh_gruen_endbericht_kurz_0606.pdf

Keller, D. et al. (2005). Freiraum der Stadt Zürich. Methodenbeschrieb und Anwendung. Hrsg. Grün Stadt Zürich. Zürich.

Lukoschek, L. (1998). Die «Bewegungsfreundliche Stadt». Rahmenbedingungen und Möglichkeiten zur Integration des informellen Freizeitsports in die Stadtplanung als Beitrag zur Verbesserung der Wohnumfeldqualität. Universität Kaiserslautern.

Pro juventute, SWE, Schweizerischer Verband für Wohnbau- und Eigentumsförderung (2000). Kindergerechtes und familienfreundliches Bauen. Fotorotar, Egg ZH. Hrsg. pro juventute.

Public Health Services & GrobPlanung GmbH (2009, «im Druck»). Strukturelle Bewegungsförderung in der Gemeinde.

Schemel, H.-J.; Strasdas, W. (1998). Bewegungsraum Stadt, Bausteine zur Schaffung umweltfreundlicher Sport- und Spielgelegenheiten. Ein Forschungsbericht im Auftrag des Umweltbundesamtes. Edition Sport & Umwelt. Aachen. Meyer & Meyer Verlag.

Schöffel, J. (2005). Bewegungsfreundliche Siedlungen. Pilotprojekt Biel-Nidau. Studienauftrag im Auftrag des Bundesamtes für Sport, ausgelöst durch die Tieferlegung der Bernstrasse in Biel-Nidau. IRAP. Institut für Raumentwicklung, angewandte Forschung und Planungsbegleitung. Hochschule für Technik Rapperswil.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Berlin. Versorgung mit öffentlichen Spielplatzflächen (Elektronische Version). Zugriff am 31. Juli 2008 unter http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/kinderspielplaetze/de/spielplatzversorgung/sppl_versorg.shtml

Stadtgärtnerei Bern (2004). Einweihung «Spielmeile im Lorrainequartier». Pressemappe. Bern. unveröffentlicht.

Stadtrat Zug Stadt. Grosser Gemeinderat, Vorlage. Spielplatzplanung in der Stadt Zug: Zwischenbericht. Bericht und Antrag des Stadtrates vom 5. November 2002. S. 4. (Elektronische Version). Zugriff am 31. Juli 2008 unter <http://www.stadtzug.ch/dl.php/de/20021111105716/1698.pdf>

Rahmenplanung zur Spielplatzbedarfsplanung in Bonn 2006. (Elektronische Version). Zugriff am 31. Juli 2008 unter http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/O/pdf/07/0710491ED7.pdf

Wieland, H. et. al. (2001). Spiel-, Sport- und Bewegungsräume in der Stadt. Aspekte einer zukunftsorientierten Infrastrukturplanung von Sportstätten unter dem Leitbild einer menschengerechten Stadt. Zukunftsorientierte Sportstättenentwicklung. Band 10. Landessportbund Hessen e.V.

Zahner, L. et. al. (2005). Aktive Kindheit – gesund durchs Leben. Handbuch für Fachpersonen. Bundesamt für Sport BASPO, Magglingen. Institut für Sport und Sportwissenschaften (ISSW), Universität Basel. Stiftung für Schadensbekämpfung der Winterthur Versicherungen Psychologisches Institut, Universität Zürich. Schweizerische Gesellschaft für Pädiatrie, Swiss Olympic Talents. 2. unveränderte Auflage. BASPO Magglingen.

Anhang 1: Partizipation

Partizipation bewegt

Daniel Lehmann Pollheimer, Daniel Wiener, ecos, Basel

Partizipation motiviert

«Der Theodorskirchplatz und dessen Zubringerstrassen (...) sollen verkehrsfrei (...) werden. Damit soll im Gebiet Wettsteinplatz ein grosser und zusammenhängender Spiel- und Lebensraum geschaffen werden.» Eindeutig im Ziel und unmissverständlich im Wunsch ist diese Projektidee, wie sie vor einigen Jahren von der Quartierbevölkerung des oberen Kleinbasels auf den Tisch gelegt worden ist, und zwar als ein Ergebnis einer Zukunftswerkstatt im Rahmen der «Werkstadt Basel». In diesem «Projekt zur langfristigen Sicherung der Steuereinnahmen von natürlichen Personen» dachten Ende der 90er-Jahre im Kanton Basel-Stadt (190 000 Einwohnerinnen und Einwohner) insgesamt gegen 2000 Personen systematisch und gemeinsam über die Lebensqualität ihrer Stadt nach. Aus dem breit angelegten Bevölkerungsbeteiligungsprozess entstand das Aktionsprogramm «Stadtentwicklung» mit 200 konkreten Massnahmen, die der Kanton seither schrittweise umsetzt.¹

Hinter diesem Partizipationsprozess stand die Einsicht der Behörden und vor allem des Finanzdepartements des Kantons Basel-Stadt, dass einkommensstarke Haushalte der Stadt Basel häufig deshalb den Rücken kehren, weil sie in der Agglomeration oder gar im Grünen nach einer besseren Lebensqualität suchen. Dieser Exodus, der in allen Kernstädten der Schweiz seit den späten 60er-Jahren zu beobachten war, drohte allmählich die gesellschaftliche und finanzielle Basis der Zentren auszuhöhlen. Zur urbanen Lebensqualität gehört nicht nur die gebaute Umgebung oder der städtische Erholungsraum, sondern ebenso die emotionale Verbundenheit der Menschen mit ihrer Umgebung, ihre Beziehung zur Nachbarschaft und zum Quartier, in dem sie leben und die Qualität der öffentlichen Schulen, welche die Kinder besuchen.

Weil aber Lebensqualität etwas Subjektives ist, das jede und jeder anders erlebt, entschloss sich die Basler Regierung, die Leute zu fragen, wo der Schuh drückt. Um zu wissen, wo die Lebensqualität für sie «vor der eigenen Haustür» nicht stimmt, um zu erfahren, wo Verbesserungen ansetzen müssen, um die Bedürfnisse gezielt und effizient

zufrieden stellen zu können. Nicht nur Mängelrügen waren Gegenstand der «Werkstadt Basel», sondern ebenso konkrete Verbesserungsmöglichkeiten. Die baselstädtische Regierung orientierte sich mit diesem Vorgehen auch an der sozialwissenschaftlichen und urbanistischen Erkenntnis, dass Menschen sich umso mehr mit ihrem unmittelbaren Lebensraum identifizieren, je mehr Einfluss sie auf dessen Gestaltung haben. Je stärker sich Menschen wiederum mit ihrem Lebensraum identifizieren, desto eher nehmen sie Beeinträchtigungen in Kauf, die in Städten zum Beispiel aus der dichten Besiedlung resultieren.

Die zu Beginn zitierte Quartierbevölkerung im Oberen Kleinbasel wünschte sich mehr Spiel- und Bewegungsraum und verlangte, dass zu diesem Zweck ein ganzer Platz verkehrs- und, nebenbei gesagt, auch parkplatzfrei wird. Während solch radikale Ideen üblicherweise gar nicht geäussert werden oder in der Brandung zahlreicher Interessenkonflikte untergehen, gelangte der Wunsch nach Spiel- und Lebensraum im Rahmen des Partizipationsprojekts «Werkstadt Basel» auf die Tagesordnung einer sogenannten Konsenskonferenz. In mehreren moderierten Gesprächsrunden einigten sich Interessensvertreter der Quartier-Bevölkerung, des Gewerbes, der verschiedenen Verkehrsverbände und der unmittelbar Anwohnenden unter anderem auf folgende Punkte:

- Ausgewählte Orte und Strassenzüge im Quartier werden nach Absprache mit den Anwohnenden so umgestaltet, dass sie primär eine Funktion als Lebens- und Begegnungsraum erhalten.
- Darüber hinaus soll ein Netz von kleinen, verbundenen Grün- und Freiräumen entstehen, die den verschiedenen Bedürfnissen nach Erholung, Spiel und Begegnung in nächster Umgebung für Bewohnerinnen und Bewohner jeden Alters Rechnung tragen.
- Die Wohngebiete sollen generell untereinander und mit allen Orten des öffentlichen Interesses (z. B. Schulen, Spielplätze, Post, Bank, Läden) durch sichere Wege verbunden werden.

In diesem konkreten Beispiel wird deutlich, dass mit der Aufforderung zur Partizipation, d. h. mit der Eröffnung der Möglichkeit zur Mitsprache und Mitgestaltung, sich die Quartierbevölkerung erfolgreich zur Auseinandersetzung und Diskussion ihrer Bedürfnisse bezüglich Lebensqualität im öffentlichen Raum gewinnen lässt. In der Diskussion kommt

¹ Siehe www.werkstadt-basel.ch und www.aps-bs.ch

dann rasch der Wunsch auf den Tisch, ganz allgemein die Bewegungsmöglichkeiten, sei es für Fussgänger oder für Spiel, Sport und Begegnung zu verbessern und zu vernetzen, auch wenn das Partizipationsverfahren unter einem ganz anderen Blickwinkel kommuniziert wurde. Partizipation bewegt also doppelt!

Übrigens: Das Partizipationsverfahren war erfolgreich, der Theodorskirchplatz ist heute eine verkehrsfreie, vielfältig genutzte Freifläche für Begegnung, Bewegung, Sport und Spiel. Gleichzeitig und mit demselben Ziel öffneten die Behörden im gleichen Quartier den grossen Pausenplatz einer öffentlichen Schule ausserhalb der Schulzeiten für die Allgemeinheit.

Funktion und Potenzial der Partizipation in Politik und Öffentlichkeit

Das Beispiel aus der «Werkstadt Basel» zeigt: Partizipation eröffnet Chancen. Aber was ist denn am geschilderten öffentlichen Mitwirkungsprozess so speziell und was unterscheidet solche Partizipation generell von den üblichen, rechtlich verankerten politischen Verfahren?

Partizipation kann zunächst ganz allgemein umrissen werden als die Absicht von staatlichen oder privaten Promotoren unterschiedlichster Vorhaben potenzielle Betroffene und Beteiligte einzubeziehen. Die Themenpalette ist breit: Vom Drogenleitbild bis zur Quartierplanung, von der Wohnstrassengestaltung bis zur Firmenreorganisation. Natürlich sind in der föderalistischen Schweiz, mit ihren direkt-demokratischen Gepflogenheiten, formale, institutionalisierte Mitbestimmungsrechte eine geschätzte und intensiv genutzte Selbstverständlichkeit. Meist sind wir stolz auf diese politische Kultur, bisweilen verwünschen wir sie aber, weil sie die rasche Realisierung innovativer Projekte zu behindern oder gar zu verhindern scheint.

Abgesehen von Mitwirkungsverfahren konsultativer Art (zum Beispiel bei Ortsplanungen auf kommunaler Ebene), funktionieren die meisten der herkömmlichen direkt-demokratischen Partizipationsformen nach dem Mehrheitsprinzip. Überdies kommt «das Volk» erst zu einem relativ späten Zeitpunkt der Projektentwicklung zum Zug. Das bedeutet für den überwiegenden Teil der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, dass sie «nur» zu fertig ausformulierten Vorlagen

Stellung nehmen können. Für die politischen und gesellschaftlichen Interessengruppen geht es zu diesem Zeitpunkt fast ausschliesslich darum, in einer Ja-Nein-Entscheidung Mehrheiten zu gewinnen. Solche Ja-Nein-Entscheidungen polarisieren die Diskussion und lassen keine Differenzierungen im Sinne eines «Ja, aber» oder «Nein, aber» zu.

Insbesondere komplexere Vorhaben riskieren dann trotz oft umfangreicher Vorabklärungen, Vernehmlassungen und Informationsanstrengungen nach einer Volksabstimmung in einem Scherbenhaufen zu enden. Dies geschieht in zunehmendem Masse auch bei wichtigen Vorlagen, da es aufgrund des gesellschaftlichen Wertewandels und der wachsenden Individualisierung immer einzelne Interessengruppen gibt, denen ein Vorhaben nicht passt, und die es mit Vehemenz zu verhindern suchen (während sich in früheren Jahrzehnten die politische Willensbildung zu Sachgeschäften tendenziell eher im Schosse einer Handvoll Parteien vollzog).

Alternativ stehen direkt und indirekt betroffenen Organisationen und Einzelpersonen selbst nach einer Abstimmung diverse Beschwerde- und Einspracherechte zu, mit denen sie konkrete Vorhaben mitunter um Jahre verzögern oder gar verhindern können. Diese Einspracherechte erweisen sich beispielsweise gerade bei der Einrichtung von bewegungsfördernden Wohn- und Begegnungsstrassen als ausgesprochen hinderlich. Denn in den Strassenzügen, die dafür in Frage kommen, gibt es fast immer einen Anwohner, der mit einem mehr oder weniger legitimen Partikularinteresse das Ganze auf Jahre blockieren oder gar ganz verhindern kann.

Heute gehen beispielsweise die Praktikerinnen und Praktiker sowie die Expertinnen und Experten der Stadtplanung miteinander einig, dass in vielen Fällen eine «interaktive» oder «kooperative» Planung und die Ausgestaltung des Planungsverfahrens als diskursiver, «offener Prozess» die Chancen, in einer «symbiotischen Stadt» erfolgreich zu planen, substanziell verbessert². Wesentliches Merkmal von solchen Partizipationsprozessen ist also das dialogische Prinzip, das sich an Kooperation orientiert und nicht an Konkurrenz, wie das in traditionellen Politikprozessen mit Mehrheitsentscheiden der Fall ist.

Dabei sollen die bestehenden, rechtlich legitimierten politischen Verfahren, die oft als erster Politikmodus bezeichnet werden, weder ausser Kraft gesetzt noch umgangen werden. Die zunehmend heterogene Zusammensetzung der Bevölkerung und die Vervielfältigung der Lebensstile rufen

² Reuter, W. 2000: Zur Komplementarität von Diskurs und Macht in der Planung. In: DISP 141. S. 4–16.

jedoch in manchen Politik- und Themenfeldern nach neuen Verfahrensinstrumenten, die einen frühzeitigen, differenzierten Einbezug der Betroffenen und Beteiligten erlauben. Diese dialogischen Methoden der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung werden auch unter dem Begriff «zweiter Politikmodus» zusammengefasst³.

Ein professionell konzipierter und moderierter partizipativer Prozess führt aber nicht nur zu einer Stärkung der demokratischen Teilhabe an Entscheidungsprozessen, sondern bietet auch für die Projektentwicklung als solche erhebliche Vorteile:

- **Effizienz:** Die Erfahrung zeigt, dass Planungen und Entscheidungen, die breit abgestützt werden, rascher und somit effizienter und billiger als herkömmliche Verfahren sind, da potenzielle Konflikte besser antizipiert und durch konstruktive Bearbeitung in einem frühen Stadium der Planung einfacher überwunden werden können. Bei der Umsetzung ist daher mit weniger Einsparungen und politischen Blockaden zu rechnen. Auch bündeln und gewichten Beteiligungsverfahren, die auf eine aktive Mitwirkung abzielen, Anliegen auf transparente Weise, statt lediglich Einzelinteressen zu bearbeiten. Dies beschleunigt sowohl die Planung als auch die Entscheidungsfindung und die Umsetzung.
- **Qualitätssicherung:** Die aktive Aufnahme von Anliegen bietet die Chance, das «lokale Expertenwissen» der Bewohnerinnen und Bewohner sowie deren Ideen und Anregungen frühzeitig in die Projektentwicklung einzubeziehen. So wird auch sichergestellt, dass Planungen nicht an wesentlichen Befindlichkeiten und Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigehen.
- **Legitimation:** In vielen Städten und Quartieren mit hohem Ausländeranteil ist bis zur Hälfte der erwachsenen Bevölkerung nicht stimmberechtigt. Dialogverfahren sind für alle offen, die ihre Interessen vertreten wollen. ihrer Firma wohnen, Sie können oft nur über Einsparungen, zu einem sehr späten Zeitpunkt, in ein Verfahren eingreifen. Auch Kinder und Jugendliche sind oft von einer Planung betroffen. Der «zweite Politikmodus» sichert ihnen die nötige Mitsprache als gleichberechtigte Partner.

- **Akzeptanz und Identifikation:** Durch die Möglichkeit, sich aktiv in das Thema einzubringen, steigt das Verständnis der Betroffenen für komplexe Planungszusammenhänge. Ist zudem eine reale Chance gegeben, dass Bedürfnisse und Anregungen tatsächlich in die Planung einfließen, wächst erfahrungsgemäss die Akzeptanz der Ergebnisse und die Identifikation mit der Planung sowie mit dem eigenen Stadtteil und der Stadt als Ganzes.

Fazit: Gerade in einem Umfeld mit sehr differenzierten, demokratischen Strukturen und Rechtsmitteln kann Partizipation der Situation angepasste Lösungen effizient herbeiführen und rasch umsetzen helfen.

Partizipationsformen und -beispiele

Leiter der Partizipation: Nicht alles ist Gold, was glänzt

Die Partizipation also solche gibt es nicht. Partizipation zeichnet sich durch ein vielfältiges Spektrum an Verfahren und vor allem durch unterschiedliche Beteiligungsverständnisse aus. Aus der Perspektive der Betroffenen und Beteiligten, die von den Promotoren eines bestimmten Vorhabens oder Projektes zur Mitsprache eingeladen werden, ist der durch das gewählte partizipative Verfahren eingeräumte Gestaltungsspielraum von grosser Bedeutung. Unter Partizipationsfachleuten wird dieser Spielraum häufig mit der «ladder of citizen participation»⁴ veranschaulicht:

- Als Nichtbeteiligung gelten dabei Desinformation und Beschwichtigung von Seiten der Autoritäten sowie andere Formen einer Kommunikation mit manipulativem Charakter.
- Immer noch abwertend als Spielwiese wird eine reine Information, Erörterung und gemeinsame Beratung bezeichnet, wenn die einbezogene Bevölkerung keinen Einfluss auf die Entscheidung hat.
- Erst auf den obersten Stufen der Leiter wird das traditionelle Herrschaftsgefälle zwischen Projektpromotoren und Betroffenen/Beteiligten wesentlich verändert: Kooperation strebt nach partnerschaftlichen Lösungsfindungen, während die beiden letzten Stufen echte Umverteilung von Gestaltungsmacht beinhalten.

³ Nicolini, M. 1997: Bürgerbeteiligung. Brüche, Brücken, Barrieren. In: Nicolini, M. (Hrsg.): Raumplanung und neue Verträglichkeiten: Aushandeln von Widersprüchen im Umgang mit dem Erschöpflichen. Böhlau, Wien/Kolmar/Weimar. S. 225–264.

⁴ Auf Deutsch übersetzt etwa: «Stufenleiter der Einwohnerbeteiligung» (nach Arnstein 1969, u. a. beschrieben in Selle, K. (Hrsg.) 1996: Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen. Bauverlag GmbH, Wiesbaden und Berlin).

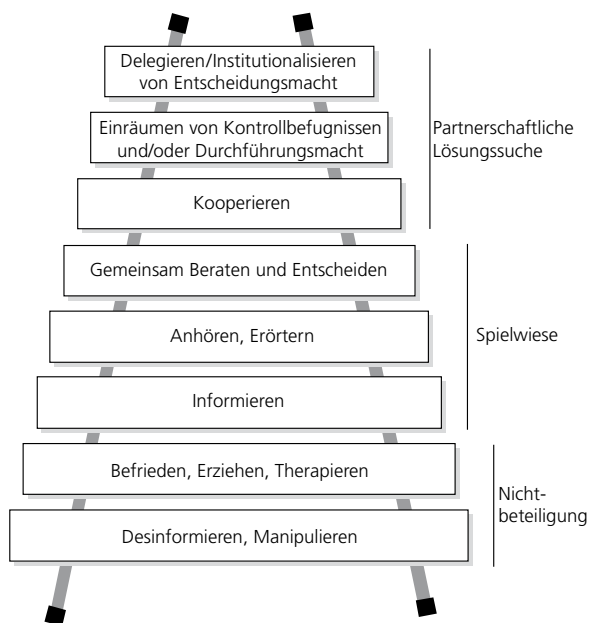


Abbildung 1: «Ladder of citizen participation» (Selle 1996, S. 170)

An partizipativen Prozessen teilnehmen wird aber nur, wer glaubt, daraus einen eigenen Gewinn ziehen zu können. Wirklich versprechen können dies nur die obersten vier Partizipationsformen in der Leiter, denn erst bei diesen wird die Beteiligung zu einem echten Dialog mit einer teilweisen und zumindest vorübergehenden Befreiung der Kommunikation zwischen den Beteiligten von einer Hierarchie (zum Beispiel zwischen Planerinnen und Planern und «normalen» Quartierbewohnerinnen und -bewohnern). Im Gegensatz zu den Urhebern der Stufenleiter der Partizipation setzen wir im Folgenden die Schwelle etwas tiefer und schliessen auch gemeinsames Beraten und Entscheiden in das Partizipationsverständnis ein.

Methoden und Einsatzmöglichkeiten

Selbst wenn das Verständnis von Partizipation so eng gefasst wird, lässt sich seit Jahrzehnten die Entwicklung einer eigentlichen Partizipationskultur beobachten und zwar national, international und teilweise auch global. Partizipative Verfahren werden in vielen Themenfeldern und Kontexten eingesetzt wie beispielsweise in der Siedlungs- und Raumplanung, der Sozial-, Integrations- und Migrationsarbeit sowie zunehmend auch in der Organisationsentwicklung von Unternehmen und Verwaltungen. Am UNO-Erdgipfel 1992 von Rio de Janeiro hat die internationale Staatengemeinschaft in der Agenda 21 gar beschlossen, dass alle Gemeindebehörden in einem

partizipativen Prozess gemeinsam mit der Zivilgesellschaft ein Aktionsprogramm zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung ausarbeiten sollen (sog. Lokale Agenden 21).

In der internationalen Politik werden Partizipations- und Konsensverfahren immer häufiger eingesetzt. Der Oberbegriff heisst dort «Multi-Stakeholder-Process (MSP)». Stakeholder sind dabei «jede Gruppe oder Person, die einen Entscheid beeinflussen oder von ihm beeinflusst werden kann». Ein MSP wird definiert als «Prozess, der alle wichtigen Stakeholder in einer neuen Form von Kommunikation, Entscheidungsfindung zu einem bestimmten Thema zusammenbringt. Sie (die MSP's) basieren auf der Anerkennung der Wichtigkeit von Gerechtigkeit und Verantwortung in der Kommunikation zwischen Stakeholdern und des Einbezugs von mindestens drei oder mehr gleichwertig vertretenen Stakeholder-Gruppen und ihrer Meinungen»⁵. Partizipationsprozesse im Verständnis dieses Beitrages sind Multi-Stakeholder-Prozesse.

Es würde den Rahmen dieses Beitrages übersteigen, die Vielfalt der bekannten und mit Erfolg eingesetzten Partizipationsmethoden auch nur aufzuzählen⁶. Vielen bekannt ist etwa die Zukunftswerkstatt, wie sie von Robert Jungk im Zuge der breiten Protestbewegungen gegen die Atomkraftnutzung entstanden ist. Ebenfalls ein Begriff sind die «Runden Tische», die beim politischen Prozess nach der Wende in Deutschland zwischen 1989 und 1991 Konjunktur hatten und vielfach kopiert wurden.

Ein Prinzip gelungener Partizipation liegt darin, dass das gewählte Verfahren auf die jeweilige Fragestellung und den Kontext gewissermassen massgeschneidert wird, was natürlich eine sorgfältige Analyse der Zielsetzungen, des Umfeldes und der potenziellen Stakeholder des Partizipationsprozesses erfordert. Mit der kurzen und exemplarischen Skizze dreier Methoden mit Anwendungsbeispiel lässt sich aber das Verbindende dieser Methoden und die Notwendigkeit des massgeschneiderten Einsatzes gut illustrieren.

⁵ Hemmati, M. 2002: Multi-Stakeholder Processes for Governance and Sustainability. Beyond Deadlock and Conflict. Earthscan Publications Ltd, London.

⁶ Einen Überblick geben z.B. Apel H. et al. 1998: Wege zur Zukunftsfähigkeit – ein Methodenhandbuch, Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn oder Ley, A. und Weitz, L. (Hrsg.) 2003: Praxis Bürgerbeteiligung – Ein Methodenhandbuch, Verlag Stiftung Mitarbeit/Agenda Transfer, Bonn.

Zukunftswerkstatt Niederholz in Riehen

Die Zukunftswerkstatt ist eine für Organisierende und Teilnehmende einfach zu erlernende Methode, die rasch zu konkreten Resultaten führt und keine grosse finanziellen Aufwendungen verlangt. Im Zusammenhang mit Sportkonzepten oder der partizipativen Planung und Realisierung eines bewegungsfreundlichen Wohn- und Arbeitsumfelds kann die Zukunftswerkstatt vor allem dort zum Zug kommen, wo Akteure bereit sind, einen Teil der planerischen oder konkreten Umsetzungsarbeit selbst zu übernehmen, weil sie mit der bestehenden Situation nicht zufrieden sind. Die Initiative kann beispielsweise von Eltern ausgehen, die den Schulweg ihrer Kinder aufwerten wollen, von Bürgerinitiativen oder – wie im Fall Riehen – vom Gemeinderat.

So empfingen die Behörden der Stadt Riehen (20 000 Einwohnerinnen und Einwohner) aus dem Quartier Niederholz ambivalente Signale zur Quartierbefindlichkeit: Quartiergruppen beklagten, in einem «Quartier zweiter Klasse» zu wohnen, was sich zum Beispiel in der mangelhaften Berücksichtigung der Interessen der Quartierbevölkerung bei Bebauungsplänen bemerkbar mache. Die Gemeinde führte eine Zukunftswerkstatt durch, um die Quartierbevölkerung für die anstehenden Entwicklungsprojekte (neue Siedlungen, S-Bahn-Station, «Quartierzentrum Niederholz») zu gewinnen und ihre Bedürfnisse einzubeziehen.

Die Zukunftswerkstatt sollte unter anderem Aufschluss darüber geben, welche Stärken das Niederholzquartier auszeichnen und welchen Defiziten auf welche Weise begegnet werden soll. Das Verfahren wollte Klarheit über die Bedürfnisse der verschiedenen Anspruchsgruppen im Quartier schaffen und konkrete Ideen und Vorschläge für die Quartierentwicklung generieren. Dabei sollten aber auch Visionen und «fantastische Ideen» Platz haben, um nicht im alt Bekannten stecken zu bleiben. Schliesslich setzte sich die Gemeinde zum Ziel, die Quartieridentität zu stärken: Menschen, die im Quartier wohnen und arbeiten, sollten die Gewissheit erhalten, dass ihre Bedürfnisse in der Riehener Politik wahrgenommen werden.

Nach der eintägigen gut besuchten Zukunftswerkstatt haben sich zu verschiedenen Themen Gruppen gebildet, die sich laufend aktiv mit der Entwicklung des Quartiers auseinandersetzen und Vorschläge ausarbeiten. Neben anderen Resultaten (u.a. Gründung einer Quartierarbeitsgruppe Verkehr, Ausarbeitung parlamentarischer Vorstösse, Mittagstisch für Schulkinder) förderten die Diskussionen klare Bedürfnisse im Bereich Begegnung, Bewegung und Sport zutage. Die Beteiligten wünschten mehr und miteinander vernetzte Begegnungszonen («Inseln im ganzen Quartier») und erklärten sich auch bereit, sich dafür zu engagieren. Dank der 2002 rechtlich neu verankerten «Begegnungsstrasse», die die Einrichtung von Begegnungszonen in Quartierstrassen wesentlich erleichtert, stiess dieses Engagement auf fruchtbaren Boden. Es sind seither im Niederholzquartier in kurzer Zeit eine Reihe solcher Inseln entstanden, die von Jung und Alt ausgiebig genutzt werden. Mit einer kurzen, verhältnismässig kostengünstigen partizipativen Intervention konnte die Gemeinde Riehen einiges an Bewegung und Engagement auslösen und gleichzeitig den engagierten Quartierbewohnenden zeigen, dass sie ernst genommen werden.

Eine Zukunftswerkstatt, soviel hier zum Verfahren, ist typischerweise in die drei Kernphasen Kritik-, Fantasie- und Realisierungsphase gegliedert. In jeder dieser Phasen wird mit verschiedenen Methoden und Arbeitsformen die Vielfalt an Gedanken, Einschätzungen und Wünschen auf Seiten der Teilnehmenden angeregt und für alle sichtbar erfasst. Diese Vielfalt wird in jeder Phase anschliessend wiederum gemeinsam eingeeengt, sortiert und zu Themenschwerpunkten zusammengefasst (Trichterprinzip). Am Schluss stehen gemeinsam getragene Projektideen, deren Umsetzung im Idealfall gleich beginnen kann.

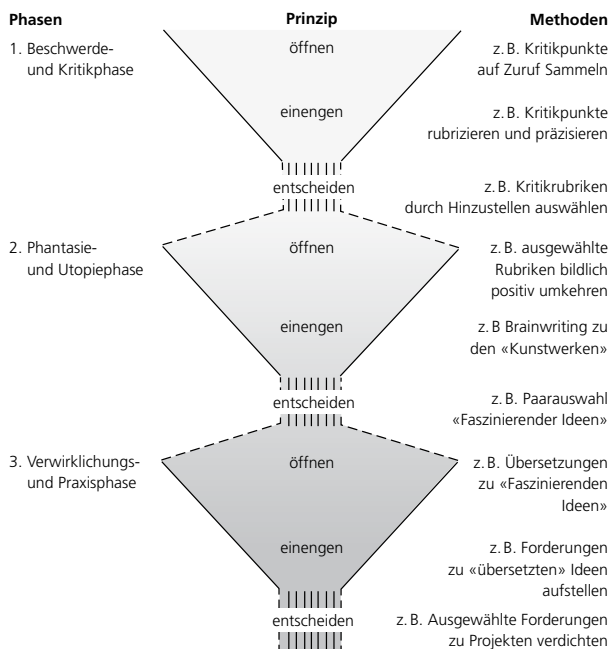


Abbildung 2: Trichterprinzip, um nach breitem, offenem Anfang an das Wichtige heranzukommen (Kuhnt, B., Müllert, N.R., 1996⁷).

Aushandlungsprozess Lachen/Thun-Süd

Bei Fragestellungen, die durch Interessenkonflikte gekennzeichnet sind, lassen sich durch ein prozessorientiertes Vorgehen die Chancen für eine erfolgreiche Lösung steigern. Ziel ist die Aushandlung von Massnahmen-Paketen, welche die Interessen aller relevanten Akteure im Rahmen von gemeinsam erarbeiteten Win-Win-Strategien berücksichtigen: Jede beteiligte Gruppe bekommt mehr, als sie gibt. Denn unter dem Strich muss eine Verbesserung der bestehenden Situation für alle Beteiligten resultieren, wenn das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses auch erfolgreich umgesetzt werden soll.

In Thun suchte die Stadt eine Lösung für sein in die Jahre gekommenes Fussballstadion. Wie bei anderen, ähnlichen Vorhaben in der Schweiz ist ein Stadionneubau eine komplexe Aufgabe. Damit hängen nicht nur Fragen des Spitzensports, sondern auch Effekte auf Breitensport, Gebiets- und Verkehrsentwicklung, Einkaufsmöglichkeiten oder Freizeitgestaltung zusammen. Interessenskonflikte sind dabei vor-

programmiert und drohen eine Lösung zu blockieren. Das Beispiel der Stadt Zürich, die das Stadion für die Fussball-Europameisterschaft 2008 nicht wie geplant im Hardturm bauen konnte, spricht dabei Bände. Es zeigt, wie selbst ein für den Ruf der Limmatmetropole zentrales Projekt an fundamentalen Interessensgegensätzen scheitern kann: Angestrebte hohe Rendite dank Einkaufszentrum hier, Kritik an zuviel Parkplätzen und am Schattenwurf auf den eigenen Garten da – und schon ist der Traum (beinahe) ausgeträumt. Ursprung des Konflikts ist der Versuch, mit der Brechstange und nur marginalem Einbezug der Interessengruppen einen Terminplan durchzuboxen.

Aufgrund dieser Ausgangslage kam der Thuner Gemeinderat zum Schluss, dass ein klassisches Mitwirkungsverfahren der Komplexität des Vorhabens und den vielen betroffenen Interessen nicht gerecht würde. Die Stadtregierung entschloss sich, zusätzlich zum gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren einen Aushandlungsprozess mit allen betroffenen und interessierten Kreisen durchzuführen, um im direkten Dialog Lösungen auszuloten, bei denen sich möglichst viele Thunerinnen und Thuner «als Gewinner fühlen».

Zur Diskussion stand die Verlegung des Stadions an einen anderen Standort und die Nutzung des heutigen Sport-Areals als Wohn-, Freizeit- und Siedlungsgebiet. An einem Alternativstandort war ein Investor bereit, gegen die Bereitstellung von Land ein Stadion mit einem Einkaufszentrum als Mantelnutzung zu realisieren. Ein anderer Investor hingegen wollte das Stadion am alten, attraktiv am See gelegenen Standort bauen, allerdings in Verbindung mit einer dichten Wohnnutzung. Diese Ideen lösten bei anderen Kreisen Widerstände aus. So befürchteten Innenstadt-Vereinigung und VCS ein «Lädelersterben» in der Innenstadt und erheblichen Mehrverkehr, während die Anwohnenden argumentierten, das attraktive Areal am See würde der Öffentlichkeit entzogen.

⁷ Kuhnt, B., Müllert, N.R., 1996: Zukunftswerkstätten, Moderationsfibel. Verstehen, anleiten, einsetzen. Ökotoxia Verlag, Münster



Abbildung 3 Links: Der allgemeine Ablauf des massgeschneiderten Aushandlungsprozesses Lachen/Thun-Süd; Rechts: Das alte Fussballstadion Lachen am Ufer des Thunersees mit umliegendem Wohnquartier mit Gewerbe.

Der massgeschneiderte Aushandlungsprozess umfasste zunächst einen «Innenkreis» aus rund 20 Personen, in dem alle Blickwinkel und Interessen vertreten waren. Diese Begrenzung ermöglichte ein direktes und effizientes Gespräch. Ein Aussenkreis, der für Politik, Verwaltung, Investoren, Grundeigentümer und Experten offen war, unterstützte den Prozess in einer zuhörenden und beratenden Rolle. Das Verfahren gliederte sich in drei Sitzungen unter neutraler Moderation. Zu Beginn und zum Abschluss des Verfahrens, über das die Medien erst im Nachhinein berichten durften, fanden zwei öffentliche Veranstaltungen statt, um den Kontakt zwischen der breiten Öffentlichkeit und den direkt Beteiligten zu ermöglichen.

Bereits zu Beginn zeigte sich, dass mit der bestehenden Situation niemand zufrieden war. Anschliessend postulierten die Beteiligten Zielsetzungen, die von allen unterstützt wurden. Unbestritten war dabei beispielsweise, dass das Sport- und Freizeitangebot Thuns ausgeweitet und der alte Stadionstandort am See als Freizeit- und Naherholungsgebiet aufgewertet werden soll. Danach folgte eine intensive Arbeit an und Diskussion von Szenarien. Insbesondere formulierten die Beteiligten Bedingungen für ihr Einverständnis mit den unterschiedlichen Szenarien. Beispielsweise würde die Innenstadt-Vereinigung ein Stadion mit Einkaufszentrum akzeptieren, wenn die Stadt gleichzeitig Massnahmen zur Verbesserung der Attraktivität der Innenstadt ergreifen würde.

Als ein wichtiges inhaltliches Ergebnis des Aushandlungsprozesses zeigte sich auch in Thun das Bedürfnis nach genügend und gut erreichbaren Naherholungs-, Begegnungs- und Sportflächen. Thunerinnen und Thuner schätzen das attrak-

tive Gebiet am See und möchten es keinesfalls beeinträchtigt wissen. Darüber hinaus möchten sie gute Velo- und Fussgängerverbindungen sowohl zum neuen Stadion mit Einkaufszentrum als auch zur Freizeitwiese am See. Obwohl der Stadionbau dem Spitzensport dient, werden in Thun in Zukunft die Bedürfnisse des Breitensports stärker gewichtet als bisher, weil die Sportverbände die Gelegenheit des Aushandlungsprozesses nutzten, die anderen Interessengruppen von ihrer Bedeutung und der Notwendigkeit zusätzlicher Übungsplätze zu überzeugen.

Obwohl als Ergebnis des Aushandlungsprozesses keine Vereinbarungen abgeschlossen wurden, ist das Verständnis für die komplexen Abhängigkeiten des Vorhabens und die Legitimität und Vielfalt der betroffenen Interessen erheblich gestiegen, wie ein Umfrage des Thuner Tagblatts zeigte.

Zukunftskonferenz: Vision A – gemeinsam für Arlesheim

Die Zukunftskonferenz wird typischerweise dann eingesetzt, wenn eine Organisation oder eine Gemeinde eine Neuorientierung beziehungsweise einen Aufbruch plant. Sie steht also in der Regel am Anfang eines Prozesses. Sie ist dagegen kein geeignetes Mittel, um fundierte Meinungsunterschiede aufzuheben. Wenn es um bewegungsfreundliche Gemeinden, Quartiere oder Städte geht, kann die Zukunftskonferenz direkt für die gemeinsame Kreation neuer Bewegungsanreize im öffentlichen Raum eingesetzt werden. Eine andere Möglichkeit ist die Entwicklung eines Bewegungs-Leitbildes oder eines Sportkonzeptes mit Hilfe einer Zukunftskonferenz. Arlesheim (7000 Einwohner) schuf auf dieser Basis gar ein umfassendes Leitbild für die Gemeinde.

«Vision A – Gemeinsam für Arlesheim» hiess der Prozess, in dem in der Gemeinde Arlesheim Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung, der Verwaltung und verschiedener Interessengruppen gemeinsam mit dem Gemeinderat ein Gemeindeleitbild entwickelt haben. «Vision A» begann mit einer Bestandesaufnahme der Stärken und Schwächen der Gemeinde. Diese wurden mit Videokameras, Textbeiträgen und Zuschriften festgehalten und an einem Openair-Festival im Sommer 2003 präsentiert. In einer zweiten Prozessphase richteten 62 sorgfältig ausgewählte Arlesheimerinnen und Arlesheimer stellvertretend für die Einwohnerschaft ihren Blick in die Zukunft und erarbeiteten basierend auf dieser Bestandesaufnahme während einer dreitägigen Konferenz die Leitziele für die Entwicklung der Gemeinde.

Der Gemeinderat hatte sich für die Erarbeitung eines neuen Leitbildes entschieden, zunächst einfach, weil das alte von 1981 in die Jahre gekommen war. Dann aber vor allem, weil in der Zwischenzeit auch die Welt ein neues Leitbild bekommen hat: Eine «Nachhaltige Entwicklung» soll ermöglichen, dass die natürlichen Ressourcen unter den heute lebenden Menschen gerecht verteilt und für zukünftige Generationen erhalten werden. Auf der Umwelt und Entwicklungskonferenz 1992 in Rio sind – neben anderen Akteuren – die Gemeinden der unterzeichnenden Nationen dazu aufgerufen worden, an der nachhaltigen Entwicklung mitzuwirken. Wie viele andere Schweizer Gemeinden hat sich auch Arlesheim dazu entschieden, dem Aufruf zu folgen und das globale Ziel lokal anzupacken. Was dies für die Gemeindeentwicklung konkret bedeutet, wollte Arlesheim in einem neuen Leitbild schriftlich festhalten. Das neue Leitbild weist Arlesheim den Weg in eine nachhaltige Zukunft. Es dient dem Gemeinderat als Orientierung für viele Entscheidungen und Projekte, indem es Prioritäten setzt, Ziele vorgibt und Verbindlichkeit gegen innen und aussen schafft.

Im Leitbild fordert einer der elf Leitsätze unter dem Titel «Arlesheim bewegt», dass Arlesheim den umweltverträglichen Verkehr fördert, indem er die Fortbewegung mit dem öffentlichen Verkehr, aber auch zu Fuss und per Velo priorisiert.

Die Zukunftskonferenz ist ein Vorgehen, das der Entwicklung einer tiefgehenden, gemeinsamen Systemanalyse mit anschliessender Ziel- und Massnahmenformulierung besonders gut Rechnung trägt. Sie wurde von Marvin Weisbrod in den USA entwickelt (Future Search Conference) und wird bereits

seit mehreren Jahrzehnten erfolgreich eingesetzt: in Organisationen, Städten oder zu komplexen Themen, an denen unterschiedliche Gruppen oder Menschen beteiligt sind. Ein Grundprinzip der Zukunftskonferenz ist, «das ganze, offene System» in einen Raum zu holen, damit alle Beteiligten ein ganzheitliches Bild eines komplexen Themas bekommen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Zukunftskonferenz werden sorgfältig ausgewählt, um einen möglichst repräsentativen Querschnitt der Akteure abzubilden. Die Sichtweisen aller Betroffenen und Beteiligten werden zusammengetragen, um eine umfassende Sicht des Systems und seines Umfelds zu erhalten. Erst diese gemeinsame Sicht auf die «Wirklichkeit» bewirkt eine Einsicht in die Notwendigkeit für Veränderungen und das Anerkennen der eigenen konstruktiven und problematischen Anteile an der Funktionsweise des heute bestehenden Systems.

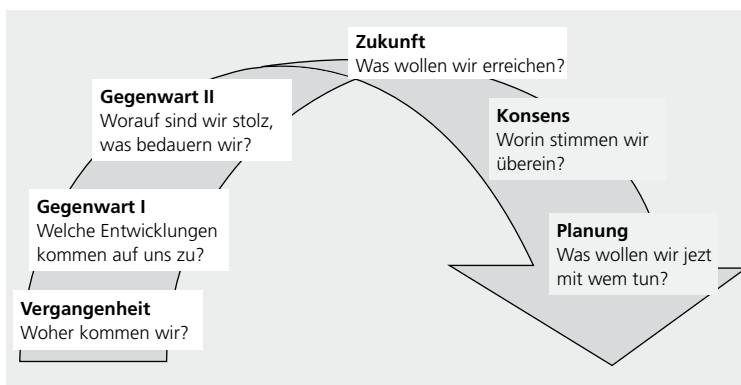


Abbildung 4: Zukunftskonferenzen schlagen den Bogen in die Zukunft

Zukunftskonferenzen fokussieren nicht auf die Bearbeitung von Problemen. Denn dies lähmt alle Beteiligten und führt meist zu einem «stückweisen Herumdoktern» an einzelnen Fragen, bestenfalls zu kurzfristigen Lösungen. Stattdessen konzentriert diese Methodik die Energie der Beteiligten darauf, gemeinsame Ziele für eine erstrebenswerte zukünftige Entwicklung des gemeinsam betrachteten Systems heraus zu kristallisieren. Vor diesem Hintergrund setzen Zukunftskonferenzen den Schwerpunkt auch nicht auf die Bearbeitung von Konflikten, und das, was die Beteiligten von einander trennt, sondern sie suchen das Verbindende. Das heisst nicht, dass Konflikte negiert werden, es wird aber bewusst auf eine Dynamik gesetzt, die sich von üblichen Tendenzen der Abgrenzung unterscheidet. Erst wenn es gelingt, gemeinsam getragene Zielsetzungen zu finden, wird über Massnahmen diskutiert.

Wie in Arlesheim arbeiten in allen Zukunftskonferenzen rund 60 bis 80 m assgebende Personen aus unterschiedlichen betroffenen und beteiligten Akteursgruppen zusammen. Sie dauern über drei Tage verteilt rund 18 Stunden. Das Vorgehen ist für alle Beteiligten intensiv, aber kompakt: Zukunftskonferenzen beginnen mit einem Rückblick in die Vergangenheit, danach werden die heutige Realität des Themas sowie die Umfeldentwicklungen analysiert, die das Thema beeinflussen. Diese eingehende gemeinsame «Systemanalyse» baut bewusst nicht nur auf belegten Fakten auf, sondern nimmt (als Teil der Realität) das subjektive Erleben des Systems durch alle Beteiligten zur Kenntnis. Anschliessend entwerfen die Teilnehmenden Visionen, aus denen sie die gemeinsamen Ziele herauskristallisieren. Erst im letzten Schritt werden Massnahmen geplant.

Wege zu einer gelungenen Partizipation

Unabhängig von den inhaltlichen und prozessualen Zielsetzungen, der Dimension und den gewählten Verfahren sind für eine gelungene Partizipation eine Reihe von Voraussetzungen notwendig:

- **Politische Verankerung:** Aufrichtige Beteiligung muss durch eine klares politisches Bekenntnis zu dem Beteiligungsprozess und durch politisch verbindliche Ziele abgestützt sein.
- **Frühzeitiger Einbezug:** Der Einbezug der Akteurs- und Interessengruppen (Stakeholder) sollte zu einem Zeitpunkt erfolgen, an dem die Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen, noch möglichst gross sind. Wenn bereits (detaillierte) Konzepte erarbeitet vorliegen, sinkt in der Regel die Bereitschaft, diese noch einmal (grundsätzlich) in Frage zu stellen. Mitwirkung zu einem späten Zeitpunkt erschöpft sich damit häufig in einer Kritik der Vorlagen. Eine konstruktive Mitwirkung, die Voraussetzung dafür ist, dass die abschliessenden Ergebnisse mitgetragen werden, wird weniger wahrscheinlich.
- **Transparenz über Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung:** Den Beteiligten sind die Handlungsspielräume aufzuzeigen, damit keine falschen Erwartungen entstehen. In zahlreichen Beteiligungsverfahren wird dies vernachlässigt mit der Gefahr, bei den Beteiligten ein grosses Frustrationspotenzial zu erzeugen. Dazu gehört auch, dass allen Beteiligten klar ist, dass die Anregungen aus der Bevölkerung den Stellenwert von Empfehlungen an Planer und Entscheidungsträger haben. Die Entscheidungen werden dagegen von den demokratisch legitimierten Gremien getroffen.

- **Transparenter Umgang mit den Ergebnissen:** Die Beteiligten müssen klar informiert werden, wie mit Ihren Anliegen verfahren wird. So ist einerseits aufzuzeigen, wie diese in Konzeptionen einbezogen wurden. Wenn Anregungen nicht berücksichtigt werden können, so ist dies zu begründen. Nur so können die Beteiligten verstehen, warum ihre Anliegen allenfalls nicht 1:1 berücksichtigt werden können.
- **Timing und Dramaturgie:** Ein gutes Timing für gezielte Kommunikations- und Mitwirkungsmassnahmen ist eine entscheidende Voraussetzung damit Beteiligungsprozesse erfolgreich verlaufen. Eine massgeschneiderte Dramaturgie ist notwendig, damit die Motivation der Beteiligten geweckt und gehalten werden kann. Erfahrungen in der Prozessgestaltung tragen dazu bei, dass dies mit der nötigen Aufmerksamkeit und dem erforderlichen Fingerspitzengefühl geschieht.

Die Gemeinde/das Quartier als Sportgerät: Impuls durch partizipative «Konstruktion»

Nach dieser kleinen Tour d'horizon durch einige Grundsätze und Anwendungen partizipativer Verfahren, stellt sich im Hinblick auf die Fragestellung der Gesamtpublikation natürlich die Frage, was für ein Potenzial partizipative Prozesse auf dem Weg zu bewegungsfreundlicheren Siedlungen, Quartieren und Städten aufweisen.

Sinnbildlich für dieses Potenzial sind sicher die bekannten Trampelpfade, die sich in praktisch allen Siedlungen vor allem neueren Datums oft wohltuend von den vorgesehenen und «in Stein» gebauten Wegen abheben: Die Vorstellungen von Planerinnen und Planern stimmen da offensichtlich nicht mit den Bewegungsbedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer überein, worauf sich diese ihre eigenen Wege suchen.

Fussgänger-mobilität und damit die elementarste Form von Bewegung in Siedlungen folgt eigenen Regeln. Dies sehen heute auch Planerinnen und Planer ein. So führen sie vielerorts Fussgängerstreifen auf Plätzen und Strassen wieder ein, die ursprünglich als Kreuzungen à niveau ausschliesslich für den Verkehr auf Rädern, aber nicht für Fussgänger geplant wurden. Dabei wurden die Fussgängerinnen und Fussgänger in den Untergrund verbannt (was diese nicht selten in halsbrecherischer Manier ignorieren).

Dass vor allem in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts in Siedlungen, Quartieren und Städten die verfügbaren öffentlichen Flächen immer mehr dem motorisierten Individualverkehr zur Verfügung gestellt wurden, setzte fatale Kreisläufe in Gang: Für immer mehr Menschen wurde es in der Folge unattraktiv und vielfach unmöglich, sich im unmittelbaren Wohn- und Arbeitsumfeld mit eigener Kraft fortzubewegen: Stark befahrene Strassen können nur mit Mühe überquert werden, Einkaufsmöglichkeiten sind aus dem Quartier verschwunden, der zunehmende Verkehr selbst in Quartieren hat auch für Kinder Bewegungs- und Spielräume zum Verschwinden gebracht. Viele Kinder gehen heute nicht mehr zu Fuss in den Kindergarten.

Der zunehmende Freizeitverkehr ins Grüne und «neue», gerade in letzter Zeit sich stark entwickelnde Sportarten (Inline Skating, Biken, Walking) zeigen deutlich, dass viele Menschen sich bewegen wollen. Offensichtlich klaffen im Siedlungsraum Angebot und Nachfrage an bewegungsfreundlichen Strassen- und Freiräumen so stark auseinander, dass Menschen zur Stillung ihrer Bewegungsbedürfnisse aufs Land fahren und so noch mehr bewegungsfeindlichen Verkehr produzieren.

Die Förderung bewegungsfreundlicher Siedlungen erfordert also eine Zusammenführung des Angebots von Bewegungsmöglichkeiten und der durchaus verschiedenartigen Nachfrage der Siedlungsbewohnerinnen und -bewohner. Gefragt ist dabei nicht nur Planer- und Expertenwissen. Dieses allein reicht nicht aus, obwohl es für die konkrete Planung und Realisierung unumgänglich bleibt. Bewegungsfördernde Siedlungsentwicklung und -planung gelingt dann, wenn die Betroffenen oder Zielgruppen mitreden können.

Partizipation bewegt dabei gleich doppelt: Erstens bewegt Partizipation als solche, denn der systematische Einbezug der Bevölkerung bei der Stadt- und Quartierplanung mobilisiert das «Expertenwissen» über die Lebensqualität vor der eigenen Haustür. Daraus resultiert meist der Wunsch nach mehr Bewegungs-Freiheit. Partizipationsprozesse bringen nach unserer Erfahrung praktisch immer Ideen, Projekte

und Engagement für bewegungsrelevante Aspekte in der Stadt/im Quartier hervor, auch wenn die Ausgangsfrage anders lautete. Partizipation ist daher ein effizientes Mittel, um gemeinsam mit Betroffenen ein bewegungsfreundliches Wohnumfeld zu entwickeln, das genau auf die differenzierten Bedürfnisse der Bevölkerung (und nicht nur auf die Ideen und Wahrnehmungen von Promotorinnen und Promotoren oder Planerinnen und Planer) abgestimmt ist.

So wünschte sich die Quartierbevölkerung des oberen Kleinbasels aus dem zu Beginn geschilderten Beispiel «neben dem Strassennetz ein Wohnnetz: Geeignete Strassen erhalten eine limitierte Höchstgeschwindigkeit, werden baulich neu gestaltet und als Wohnstrassen signalisiert. Die verschiedenen Wohnstrassen werden durch sichere Strassenübergänge und Grünflächen über das gesamte Quartier- und Stadtgebiet vernetzt.» Ein Kernelement bewegungsfreundlicher Siedlungen wurde von den Beteiligten dieses Partizipationsprozesses damit auf den Punkt gebracht, ohne dass man sie direkt danach gefragt hätte.

Zweitens können partizipative Prozesse entscheidend zur Realisierung konkreter Bewegungs-, Spiel und Sportmöglichkeiten beitragen. Natürlich sind dabei Aspekte wie Funktionalität, Sicherheit, Finanzierung, Betrieb und Unterhalt Sache von Experten. Dennoch sind bei der Realisierung solcher Vorhaben zahlreiche Interessenkonflikte absehbar: Spiel und Sport von Kindern und Jugendlichen verursachen Lärm, attraktive Plätze werden zu Anziehungs- und Treffpunkten für Menschen aus anderen Quartieren, Blumenrabatten oder Parkplätze sind gefährdet. Quartierbewohnende wissen dabei meist ganz genau, was sie bräuchten, damit sie sich wieder mehr bewegen würden, und sei es nur um ohne Auto zum Sportplatz oder zum Einkaufen zu gelangen.

Partizipative Bewegungsförderung im Quartier eröffnet so die Chancen, dieses Wissen und die Bedürfnisse fundiert kennen zu lernen und gibt Impulse für Lebensqualität und Gesundheit. Die Menschen können dort abgeholt werden, wo sie stehen und sich so bewegen, wie sie möchten.

Anhang 2: Übersichtstabelle

Strategien für Bewegungsräume in Gemeinden

Strategien	Beurteilung Umsetzungsmöglichkeit	Instrumente	Beispiele	Konkrete Projekte
1. Bewegungsräume neu erstellen	Die Chancen, in einer grösseren Gemeinde neue Bewegungsräume zu schaffen, sind eher gering. Es kann jedoch gelingen, wenn dies langfristig konzeptionell vorgedacht wird.	<ul style="list-style-type: none"> • Konzepte • Zonenplan • Überbauungsordnung 	<p>Folgende Anlagen können neu entstehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sportanlagen • Spielplätze • Parkanlagen • Begegnungszonen • Verkehrsfreie Innenstädte • Kletterwände • Veloweg 	<ul style="list-style-type: none"> • 3-fach Sporthalle Biel • Nidaugasse in Biel verkehrsfrei
2. Bestehende Bewegungsräume verbinden	In bestehenden Siedlungen ist das Verbinden von vorhandenen Bewegungsräumen eine grosse Chance, um generell den Raum für die Bewegung zu vergrössern und der Verinselung entgegen zu wirken.	<ul style="list-style-type: none"> • Konzepte • Überbauungsordnung • Initiativen von Quartierorganisationen 	<p>Folgende Möglichkeiten bieten sich, um bestehende Anlagen zu verbinden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Brücken über Strassen • Begegnungszonen (Tempo 20) • Breite Trottoirs • Verkehrsfreie Innenstädte 	<ul style="list-style-type: none"> • Brücke über den Dammweg in der Berner Lorraine • Begegnungszone Zentralplatz Biel • Breitere Trottoirs Bahnhofstrasse Biel
3. Bestehende Bewegungsräume aufwerten	Mit dieser Strategie stehen die Realisierungschancen gut.	<ul style="list-style-type: none"> • Einbettung in eine Gesamtstrategie, die politisch verabschiedet wurde. • Im Rahmen von grösseren Projekten (z. B. Strassenbau) ist es möglich, auch im Wohnumfeld Verbesserungsmaßnahmen zu ergreifen. 	<p>Neugestaltung von Spielplätzen (Kinder bis Senioren), dabei stehen folgende Massnahmen im Vordergrund:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Modellierung • Geräte • Wasserspiel • gestaltbare Materialien • allenfalls Feuerstelle • Pflanzen, welche die Jahreszeiten erlebbar machen • verschiedene Oberflächen • verschiedene Raumtypen (offen, geschlossen usw.) 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Wohnumfeldverbesserung (WUV) in Bern. 2. Bewegungsfreundliche Siedlungen Biel/Nidau Weidteile

Strategien	Beurteilung Umsetzungsmöglichkeit	Instrumente	Beispiele	Konkrete Projekte
4. Bestehende Infrastrukturen als Bewegungsraum uminterpretieren	Diese Strategie birgt ebenfalls ein grosses Potenzial, da es sich um bereits bestehende Einrichtungen und Anlagen handelt, welche meist nur organisatorischen Aufwand benötigen, um anders genutzt zu werden.	Initiativen von Vereinen oder Quartierorganisationen	<ul style="list-style-type: none"> • Inlineskaten auf Parkplatz von Einkaufszentren • Flüsse in der Siedlung zum Kanufahren nutzen • Strassen sperren zum Inlineskaten • Brücken zum Klettern nutzen • Markieren von verschiedenen Rundwanderwegen aus der Siedlung ins Naherholungsgebiet und zurück 	<ul style="list-style-type: none"> • Schüss-Kanuslalomanlage • Monday Night Skate in verschiedenen Städten • Helsana walking trails in Magglingen
5. Bestehende Bewegungsräume besser nutzen	Diese Strategie hat sehr grosses Potenzial	<ul style="list-style-type: none"> • Anpassung der Nutzungsreglemente • Online Anlagen-reservation 	<ul style="list-style-type: none"> • Hallenbelegung transparent machen. • Schlüssel erarbeiten, welcher den verschiedenen Anspruchsgruppen die Möglichkeit bietet, eine Halle zu nutzen. • Belegungsrythmus erhöhen (bis 23.00 Uhr) bei Bedarf. • Hallen sind in den Schulferien oft geschlossen. 	Alle Anlagentypen können in der Belegungsdichte optimiert werden.

Um eine optimale Wirkung für eine möglichst bewegungsfreundliche Gemeinde zu erzielen, sind alle Strategien zu prüfen. Es kann Sinn machen, alle anzuwenden. In diesem Fall ist es empfehlenswert, die Strategien in einem Konzept aufeinander abzustimmen (GESAK). In einer kleineren Gemeinde kann es durchaus vorkommen, dass zum Vorherein nur eine Strategie in Frage kommt. Dies muss die Gemeinde anhand ihrer Möglichkeiten und der vorhandenen Bedürfnisse abwägen.

Herausgeber:

Bundesamt für Sport BASPO, Magglingen
Fachstelle Sportanlagen

012 – Bewegungsräume in Gemeinden

Vorsitz: Mathias Held BASPO

Mitglieder: Markus Wolf, Graubünden Sport, Chur

Hans-Peter Rüdisüli, Büro für Freiraumplanung, Zürich

Prof. Dr. Joachim Schöffel, HSR Hochschule für Technik Rapperswil/Abteilung
Raumplanung

Redaktion: Kurt Henauer BASPO

Foto: Ulrich Känzig BASPO

Ausgabe: August 2009, 1. Auflage

Copyright: Bundesamt für Sport BASPO

Bezugsquelle:

Bundesamt für Sport BASPO

Fachstelle Sportanlagen

2532 Magglingen

E-Mail: sportanlagen@baspo.admin.ch

www.baspo.ch